

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 297.

Mittwoch, den 20. Dezember 1911.

18. Jahrg.

Seht die Wählerlisten ein!

Hierzu zwei Beilagen und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Freisinn und Zollpolitik.

Kein Parteigebilde ist seit seiner Entstehung so vielen Änderungen unterworfen gewesen, wie der Liberalismus. Das ist ein Beweis dafür, daß die Partei auf keiner gefestigten Grundlage steht. Entweder sind ihre Grundsätze so wenig klar herausgearbeitet, daß sie nach den jeweiligen Umständen gemodelt werden können und dadurch den Anlaß zu Entzweiungen bieten, oder sie sind nur momentanen Eingebungen und Auffassungen entsprungen, entbehren deshalb des großen Zuges und des weiten Blickes und sind dadurch nicht imstande, die Anhänger auf längere Zeit an die Partei zu fesseln. Das hat der Liberalismus in allen seinen Richtungen empfindlich zu spüren bekommen, ganz besonders auch der Freisinn, der, einst die Partei der „kleinen“ Leute, sich in der Betätigung in der Wirtschaftspolitik so weit von früheren Grundsätzen und damit von den Interessen der minderbemittelten und unbemittelten Bevölkerung entfernt hat, daß ihm das Volk alles und jedes Vertrauen entzog.

In den 60er Jahren bis hinein in die 90er Jahre galt der Freisinn als die Partei der Opposition, besonders die von Eugen Richter geführte Freisinnige Volkspartei. Aber die Opposition des Freisinns bewegte sich immer an der Oberfläche. Sie wurde meist geführt mit dem Rechenstift. Es war mehr eine Opposition des Geschäftsmannes als des auf wirtschaftlichen Grundlagen stehenden Volkswirtes und Politikers. Immerhin stand sie im Gegensatz zu den Wünschen und Forderungen der Regierung und der ihr blind ergebenen Parteien, bemängelte oft die Höhe der Geldforderung und bewilligte nicht so viel, wie die Regierung verlangt hatte. Sedoch schon Eugen Richter veranlaßte in den letzten Jahren seines Lebens die Freisinnige Volkspartei, eine zweideutige Haltung in Finanzfragen einzunehmen. Besonders trat dies zutage bei der Beratung des Wucherzolltarifs im Reichstage im Jahre 1902.

Die Sozialdemokratie sagte sich damals, daß ein so tief in alle Lebensverhältnisse einschneidender Gegenstand, wie der neue Zolltarif, von dessen wahrer Gestalt die Wähler bei den Wahlen im Jahre 1898 keine Ahnung hatten, den Wählern zur Entscheidung bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 vorgelegt werden müsse. Deshalb war das Bestreben der Fraktion darauf gerichtet, die schädigenden Wirkungen des Zolltarif-Gegenstandes in breiter Öffentlichkeit darzulegen, die sachliche Verhandlung des Gesetzes zu verlangen und mit allen geschäftsordnungsmäßig zulässigen Mitteln darauf zu dringen, daß dem Wesen des Parlamentarismus entsprechend die Diskussion über die einzelnen Forderungen des Zolltarifs und Zolltarifgesetzes öffentlich im Parlament vorgenommen und die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu den wichtigen Teilen des Gesetzes durch namentliche Abstimmungen klargelegt werde.

Die Mehrheit des Reichstages dagegen war gewillt, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß der Zolltarif in seiner ganzen Gefährlichkeit und in allen seinen Einzelheiten der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde und vor allen Dingen zu verhindern, daß er Wahlparole wurde.

Die Bestrebungen der Sozialdemokratie, unterstützt durch das kleine Häuflein der von Barth geführten Freisinnigen Vereinigung, bewegten sich vollständig auf dem Boden der Geschäftsordnung des Reichstages. Und als die Mehrheit des Reichstages erkennen mußte, daß das Recht und die Geschäftsordnung auf der Seite der Minderheit waren und diese stützten, trat sie Recht und Gesetz, Geschäftsordnung und Verfassung mit Füßen und beraubte die Minderheit ihrer verbrieften Rechte durch Vergewaltigungen aller Art.

Bei allen diesen Kämpfen der Minderheit gegen die Reichstagsmehrheit hielt sich der Freisinn nicht zurück. Er fiel der Opposition geradezu in den Rücken und stärkte durch sein Zutreten die Zollmajorität in hohem Grade,

indem er Stellung gegen die Taktik der Opposition nahm. Und heute noch sind Brot- und Fleischwucherer ihrem Eugen Richter für diese Hilfe dankbar. Das „Handbuch der nationalliberalen Partei“ z. B. (1907, S. 361) rühmt ihm eine „schier aus Heroische streifende Größe der Gesinnung“ nach; denn, so sagt es wörtlich:

„man muß bedenken, daß Eugen Richter, als er die Obstruktion der Sozialdemokratie mit niederzuwerfen sich entschloß, keinen Augenblick im Zweifel sein konnte, daß damit der Sache des Freihandels der Todesstoß versetzt wurde.“

Einmal auf der schiefen Ebene, ging der Freisinn immer mehr abwärts. Er hat sich mehr und mehr gemauert. Und heute, wo sich die verschiedenen Richtungen des Freisinns wieder in der fortschrittlichen Volkspartei zusammengefunden haben, erleben wir, daß sich freisinnige Redner und Zeitungen offen für schutzpolitische Maßnahmen aussprechen. So erst kürzlich die freisinnigen Stadtverordneten in Königsberg für Aufrechterhaltung des Systems der Getreide-Einfuhrscheine. Der von uns bereits früher zitierte Pfarrer Krell sprach offen aus, daß er in seiner Partei im Interesse der Bauern und der Landwirtschaft überhaupt im schutzpolitischen Sinne wirken wolle, vorläufig seien ihrer ja noch wenige, aber es würden schon mehr werden. Das „Fleischwuchergeschrei“ der liberalen Presse und der Stadtagitatoren verurteilte er aufs schärfste. „Jeder Arbeiter, der auch nur ein Schwein mästet, hat Interesse am Schutz Zoll.“

So hat sich der Freisinn in der Zollfrage gemauert. Aus den entragierten Freihändlern der 60er und 70er Jahre sind Schutzzöllner geworden. Es ist deshalb geradezu albern, wenn Klein sich an den formell schlesien Ausdruck eines Parteigenossen in der Niendorfer Wählerversammlung klammert, daß 1902 die Freisinnigen für den Zolltarif eingetreten seien. Sie haben als Minderheit gegen den Tarif gestimmt, aber gerade ihr Flügel, von dem das heutige „linksliberale“ Parteigebilde den Titel „Volkspartei“ geerbt hat, hinderte, daß an Stelle der heutigen Reichstagsmehrheit die auszuplündernden Volksmassen über den Zolltarif entschieden. Im praktischen Erfolg kommt es ganz auf dasselbe hinaus!

Die Reichstagswahl.

Agrariernot.

Knuten-Dertel fordert in einem Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“ die Reichsregierung dringend auf, die Gleichgültigkeit abzulegen, die Wähler gegen die Sozialdemokraten scharf zu machen, wenigstens die Wahlfreiheit der Beamten in einen Wahlzwang zugunsten der Reaktion umzuwandeln, die Reichsfinanzreform den Wählern als Wohlthat aufzuschwären und die Schutzoll-Hungerpeitsche als Weisheitszute zu schwingen! — als ob sie das Volk nicht ohnehin fühlte. — Das Agrarierblatt verlangt Unmögliches. Das Volk ist diesmal nicht mehr zu beschwindeln!

„Sozialdemokratische Schiebungen.“

Die gesamte reaktionäre Presse, ihr voran die nationalliberale, entrüstet sich über einen angeblichen Wählerklub, der von den sozialdemokratischen Organisationen Leipzigs und Dresdens vorgenommen werde, um durch scheinbaren Umzug von Arbeiterwählern aus den sozialdemokratischen Hochburgen der Landkreise das Stimmenverhältnis in den Städten zu unferen Gunsten zu verschieben. Einen Beweis dafür, daß sich solche Vorgänge wirklich abspielen, liefern die reaktionären Blätter nicht. Indessen setzen wir den Fall, daß es so gemacht würde: wer könnte darin bei der niederträchtigen Ungleichheit der Reichstagswahlkreise, die geradezu eine Konfiskation des Wahlrechtes der großen Industriebezirke darstellen, es anders, denn als eine gerechte Korrektur dieses Unrechts ansehen, wenn wirklich auf diese Weise vorgegangen würde? Gerade die Nationalliberalen, die in Baden mit uns die Einführung des Proportionalwahlrechtes für das ganze Land

fordern und beschlossen haben, die in Bayern seit Jahren den Proporz fordern, müßten einverstanden sein, daß die Wähler freiwillig die Ungleichheit der Wahlkreise zu korrigieren trachten, da der Reichstag seine in der Verfassung vorgeschriebene Aufgabe der Neueinteilung der Wahlkreise so schmachlich vernachlässigt hat. Mögen die Parteien, die das städtische Bürgertum vertreten, dafür sorgen, daß der Agrarier in Deutsch-Krone nicht das zwanzigfache Wahlrecht habe, wie der Wähler in Groß-Berlin, mögen sie dafür eintreten, daß die Stimme des Leipziger städtischen Wählers nicht ein Vielfaches der Geltung der Stimme seines Nachbarn im nächsten Vorort habe — dann dürfen sie sich allenfalls über Wählerchiebungen (die, wie gesagt, nicht bewiesen sind) entrüsten. Früher nicht.

Saalpolizei.

Der Antrag des sozialdemokratischen Wahlkomitees des Wahlkreises Saarbrücken auf Überlassung des städtischen Saalbaues zwecks Abhaltung einer Wählerversammlung fand in einer Sonder Sitzung der Stadtverordneten eine Drei-Viertel-Mehrheit. Da der Vorsitzende des Stadtverordnetenkollegiums Oberbürgermeister Mangold, der natürlich liberal ist, diesen Beschluß bereits zum zweiten Male beanstandete, wird sich nunmehr der Bezirksausschuß in Trier mit der Frage seiner Rechtsgültigkeit zu befassen haben. — Das ist so preussisch-deutsche Selbstverwaltung! Die Gemeindevertretung wählt einen Oberbürgermeister, der dann ihre Obrigkeit ist und den sie nicht einmal zur Rechenschaft ziehen kann. Nebenbei illustriert der Vorfall wieder unsere Rechtsgleichheit. Die Arbeiter bringen die Kosten des Stadtsaalbaues mit auf — aber nur ihre Feinde sollen sich darin versammeln dürfen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichshaushalts-Etat für 1912.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht am Montagabend den von ihr bereits angekündigten Auszug aus dem Reichshaushaltsetat, bei dessen Feststellung im Bundesratsauschuß für das Rechnungsweien sich nach einer offiziellen Meldung die vollständige Einmütigkeit der Reichsfinanzverwaltung und der Bundesregierungen ergeben haben soll, was eine etwas merkwürdige Betauerung ist. In den letzten Tagen verlautete mehrfach, daß einige Bundesstaaten die Matrikularbeiträge wieder auf 40 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung herabgesetzt wissen wollten, während das Reichsfinanzamt trotz den angeblich glänzenden Erfolgen der Reichsfinanzreform auf den Satz von 80 Pfg. pro Kopf nicht verzichten wollte. Es hat auch gesiegt. — Die Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird damit begründet, daß eine lebhafteste Diskussion über die Frage im Gange sei, ob die Reichsregierung auch genug für den Moloch Militarismus bereistelle. Diese Sorge hat sicherlich noch keinen gedrückten und die Veröffentlichung des Auszugs soll ja auch nur den Bedürfnissen der schwarzblauen Wahlagitatorien dienen. Es wird also mitgeteilt, daß das Reichsdefizit verschwunden ist, was ja wirklich ein herrliches Ergebnis ist, nachdem man aus den Massen des Volkes 400 Millionen neue Steuern herausgepreßt hat! Ein etwaiger Überschuß soll zur Abhürdung von Vorjähren verwendet werden, die der Heeresverwaltung gewährt wurden, was auch eine Sache ist, in die der Reichstag nichts hineinreden kann und auf welche bequeme Weise man den Etat für Militärzwecke bequem überschreiten kann. Der ordentliche Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 684 890 367 Mk. ab, was rechnungsmäßig gegen das Vorjahr ein Weniger von 22 923 881 Mk. in Wirklichkeit aber doch ein Mehr von 140 568 819 Mk. bedeutet. Die Mehrerträge aus den bestehenden Zöllen und Steuern werden auf 78 073 672 Mk. angenommen, die Post veranschlagt einen Überschuß von über 89 Millionen Mark oder 17,2 Millionen Mk. mehr als im Vorjahre, die Reichseisenbahnen einen Überschuß von 23 1/2 Millionen Mk. oder 4,8 Millionen Mk. mehr als 1911. Der Reichsinvalidenfonds ist aufgezehrt, was die Offiziere jedoch nicht abhält, von der glänzenden Versorgung der Kriegsinvaliden zu

sprechen. Zum ersten Male erscheinen im Etat Ausgaben für die Hinterbliebenenversicherung, die aus dem Hinterbliebenenversicherungsfonds, der 81,9 Millionen Mark enthält, gedeckt werden. Zur Schuldentilgung sollen 85,2 Millionen Mk. gegen 115 Millionen im Vorjahre aufgewendet und die Anleihe soll mit 43,7 Millionen gegen 97,5 Millionen Mk. im Vorjahr aufgenommen werden. Die Reichsschuld, die Ende 1910 4,9 Milliarden Mk. betrug, könnte 1912 einen Höchststand von 5,4 Milliarden Mk. erreichen — wenn sie nicht der „kräftige Ruck“ des Herrn Wernuth noch über diesen Betrag hinaus steigern wird! Die Schutzgebiete wollen ihre eigenen Einnahmen um vier Millionen Mk. steigern, Logo und Samoa bedürfen keines Reichszuschusses, auf die übrigen Kolonien zahlt das Reich 28 1/2 Millionen Mk. darauf, 2,8 Millionen mehr als im Vorjahr. An Bürgerschaftszahlungen für die Bahnen in Ostafrika und Kamerun hat das Reich 1,09 Millionen Mk. zu leisten. Die Schutzgebietschuld betrug Ende 1910 etwas über 98 Millionen Mk., sie könnte 1912 einen Höchststand von 171 1/2 Millionen Mark erreichen.

Trotz der Versicherung in der Einleitung dieser Mitteilungen, daß das Reich genug für die Heeres- und Flottenrüstungen tue, fehlt in dem vom Kanzlerblatt veröffentlichten Auszug jede zahlenmäßige Angabe über des Reiches Ausgaben für Heer und Flotte, sowie für die Pensionen der Offiziere und Reichsbeamten. So weit ging das Bedürfnis der Reichsregierung nach Aufklärung des Volkes nicht, daß man ihm rund heraus und drei Wochen vor den Wahlen gesagt hätte: Deutsches Volk, alles was du für das Reich aufbringst, wandert zum allergrößten Teil in die nimmer-satten Kassen der Heeres- und Flottenverwaltungen. Aber wenn auch die Offiziosen darüber schweigen, die Partei des arbeitenden Volkes wird darüber umso deutlicher sprechen!

Was die indirekten Steuern bringen.

Nach den neuesten amtlichen Veröffentlichungen hat die Tabaksteuer 1910 12,5 Millionen Mark, der Tabakgewerbesteuer 68,6 Millionen Mark, der Wertsteuernzuschlag 42,0 Millionen Mark (gegen 29 Millionen Mark im Jahre 1909) ergeben. Die Einnahmen an Salzsteuer und Salzsteuer betiefen sich 1910 auf 61,5 Millionen Mark gegen 59,2 Millionen Mark im Vorjahre, die an Zuckersteuer auf 173,26 Millionen Mark, gegen 158,4 Millionen Mark im Vorjahre. Diese wenigen Beispiele zeigen wieder, wie die Massen des konsumierenden Volkes die Träger des Reichshaushaltes und der ganzen Herrlichkeit des Reiches sind.

Die Entrechtung der Arbeiterpartei zugegeben!

Nach dem „Schür. Tagebl.“ trat in einer national-liberalen Versammlung dem Reichsverbändler Hagemann der konservative Landgerichtsrat Wilson entgegen. Er erklärte, daß er im Gegensatz zu Hagemann ein Gegner der Todesstrafe sei; Hagemanns Reichsverbändlerstellung sei bedenklich. Er finde es begreiflich, daß sich die Sozialdemokraten über die Entrechtung beklagen. Um die Sozialdemokratie zu befehligen, müsse man ihr entgegenkommen.“ Die Sunkerpresse ist über diese Äußerung eines konservativen Richters einfach faßungslos.

Preussisches Junkerleben, von Bismarck geschildert.

In einem Studentenbrief aus dem Jahre 1834 schreibt Otto von Bismarck, der spätere Kanzler, an seinem Korpsbruder Scharlach folgende Schilderung echtpreussischen Junkerlebens:

„... ich werde daher wohl das Fortsejulle der Auswärtigen ausschlagen, mich einige Jahre mit der rekrutendressierenden Suchtelklänge amüßigen, dann ein Weib nehmen, Kinder zeugen, das Land bauen und die Sitten meiner Bauern durch unmäßige Branntweinfabrikation untergraben. Wenn Du also in zehn Jahren einmal in die hiesige Gegend kommen solltest, so biete ich Dir an, so viel Karöffel Schnaps zu trinken, als Du willst, und auf der Hejagd den Hals zu brechen, so oft es Dir gut scheint. Du wirst hier einen fettgemästeten Landwehroschützler finden, einen Schnurrbart, der schwört und flucht, daß die Erde zittert, einen großen Abscheu vor Franzosen hegt und Hunde und Bediente auf das brutaleste prügelt, wenn er von seiner Frau tyrannisiert worden. Ich werde lederne Hosen tragen, mich zum Wollmarkt in Stettin auslachen lassen, und wenn man mich Herr Baron nennt, werde ich mir gutmütig den Schnurrbart streichen und um 2 Taler wohlfeiler verkaufen; zu Königs Geburtstag werde ich mich besaufen und Bisat schreien, übrigens mich häufig anreijßen, und mein drittes Wort wird sein: Auf Ihre! superbes Pferd! Kurz, ich werde glücklich sein im ländlichen Kreise meiner Familie; ear tel est mon plaisir...“

Na und „der tolle Sunker“ hat seine Leute sicher gekannt; konservativ sind sie ja auch und so dürfte sich nicht viel geändert haben. Nur, daß jetzt das Volk auch noch Prämien fürs Sackelbrennen zahlen muß, das ist der Fortschritt.

Die Entwicklung des Zentrums.

Die den Sunkerinteressen durch Mittelstandsang dienende „Staatsbürgerzeitung“ jubelt über die Entwicklung des Zentrums zu einer „nichkonfessionellen, deutsch-nationalen“ Partei, wie sie sich in den bekannten Beschlüssen ausdrückt, daß die Zentrumswähler überall für die Konservativen und ihren Anhang eintreten, wo keine Zentrumskandidaten aufgestellt sind. So groß ist der Sabel der „Staatsbürgerzeitung“, daß sie die Protestanten allerorten auffordert, ins Zentrum einzutreten! Für die kleinen Leute und Arbeiter, die dem Zentrum bisher zur Macht verholfen haben, muß es höchst erfreulich sein, daß die Sunkerengen plötzlich nicht mehr von dem „offenen, infamigen Sejmwinter“ sprechen, sondern das Zentrum lobpreisen. Allerdings hat das Zentrum durch die Reichsfinanzreform und den Zollwucher den Sunkerbankrott vollzogen verdient.

Meine politische Nachrichten.

Nach einer Verordnung des preussischen Königs, die der „Reichsanzeiger“ am Dienstag Abend veröffentlicht,

werden das preussische Herrenhaus und das preussische Abgeordnetenhaus am 15. Januar 1912 eröffnet. — Im November 1911 wurden von den deutschen Eisenbahnen im Personenverkehr im ganzen 55 417 871 Mk. (1 751 384 Mk., mehr gegen das Vorjahr) und im Güterverkehr 173 454 133 Mk. (17 146 119 Mk. mehr gegen das Vorjahr) eingenommen. — Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden: „Gutem Vernehmen nach wird die Regierung mit einer Verschärfung der strafgesetzlichen Bestimmungen gegen den Landesverrat nicht warten, bis die allgemeine Revision des Strafgesetzbuches erfolgt.“ — Hier scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein; denn der letzte Spionageprozeß hat bewiesen, wie furchtbare Strafen nach dem heute geltenden Recht verhängt werden können. — Wie die „Vossische Zeitung“ hört, haben Beratungen zwischen den zuständigen Ressorts über die Aufstellung eines Entwurfs für ein Wohnungsgesetz in Preußen begonnen. Der Erlass eines Reichsgesetzes zur Regelung des Wohnungswesens, das mehrfach im Reichstage gefordert wurde, komme nicht in Frage, da die Regierung infolge der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten einer derartigen Regelung ablehnend gegenübersteht. In Preußen wurde bereits im Jahre 1904 ein Vorentwurf zu einer gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens der öffentlichen Kritik unterbreitet, der nahezu in allen beteiligten Kreisen erheblichen Widerspruch fand.

Frankreich.

Neue Winternunnen. In Epernay sind wieder neue Winternunnen ausgebrochen. Nach Beendigung einer Demonstrationsversammlung kam es vor den Häusern der großen Weinhändler zu ernstlichen Ausschreitungen. Ein starker Haufe verursachte wilde Lärmhüllen und zertrümmerte die Fensterscheiben der Wohnhäuser. Nur mit Mühe gelang es der Gendarmerie, die Menge auseinander zu treiben. Der Unterpräfekt von Epernay hat telegraphisch um Verstärkung der Gendarmetruppen gebeten und sandte Gendarmetruppen nach Camery, wo zehn Champagnerhändler neuerdings durch Anschlagzettel mit Tod und Brandstiftung bedroht wurden. Unter den Champagnerhändlern befinden sich mehrere, deren Kellereien im April ds. Js. von aufrührerischen Winternunnen geplündert worden waren.

Schweiz.

Die Regenerierung des Parlamentarismus. Endlich erhält das Schweizer Volk ein Parlament im modernen Sinne, eine Volksvertretung, in der die verschiedenen Weltanschauungen aufeinanderprallen und um Klasseninteressen gekämpft wird.

Die erste Verblüffung bereiteten die sozialdemokratischen Abgeordneten im neuen Nationalrat den alten Herren bei der Eröffnung mit der Verweigerung des religiösen Eides, den sie durch ein schriftliches Gelübde ersetzen. Sodann lehnten es unsere Genossen ab, sich ihren Vertreter als Stimmzähler im Bureau des Nationalrates von den Bürgerlichen vordrängen zu lassen und es wurde unser Genosse Dr. Studer gewählt.

Dann kam das Hauptgeschäft, das Budget für 1912, über das die sozialdemokratischen Redner eine regelrechte großzügige Generaldebatte eröffneten, wie sie seit jeher in anderen Parlamenten üblich, im schweizerischen Nationalrat aber unbekannt war. Das Budget für 1912 ist ein jämmerliches Nachwerk, in dem offen die Einstellung der Sozialpolitik proklamiert wird. Wörtlich heißt es: „Wir können deshalb die Tore unseres Budgets einseitig nicht mehr offen halten für neue volkswirtschaftliche und soziale Bestrebungen, vielmehr müssen wir zufrieden sein, wenn es uns gelingt, den großen finanziellen Anforderungen gerecht zu werden, welche die in den Versicherungsgeetzen enthaltene soziale Reform an uns stellen wird, sofern das Volk dem Werke seiner Vertreter die Zustimmung gibt, was wir hoffen.“ Hier setzten nun unsere Genossen ein und beantragten Nichtzutreten in die Beratungen des Budgets als Protest gegen den proklamierten Stillstand der Sozialpolitik. Sie forderten Abbrüstung in der Sozialpolitik. Im Jahre 1914 werde das Volk das Protektionssystem der Zölle verwerfen. Darum sollen für die Bundesfinanzen andere Grundlagen, statt der indirekten Steuern direkte Steuern auf den Besitz gesucht werden. Sie wandten sich dann auch gegen die zunehmenden Millionenausgaben für den Militarismus und die Agrarier. Entsetzen erfaßte die bürgerlichen Abgeordneten, die bisher die Geschäfte im Parlament so glatt besorgen konnten, ob des rückwärtslosen und kräftigen Ansturmes der nun etwas verstärkten sozialdemokratischen Fraktion, die die abgebrähten Bourgeoispolitiker umsonst einzuschüchtern und zu vergewaltigen versuchten. Schließlich wurde mit allen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen das Eintreten in die Budgetberatung beschlossen.

Die neue sozialdemokratische Fraktion hat bereits eine ganze Anzahl von Anträgen gestellt, so betreffend die Erhöhung der Entschädigung an die Familien der dienftüchtigen Wehrmänner; die gesetzliche Regelung des passiven Wahlrechts der Bundesangestellten und Beamten, insbesondere der Eisenbahner; die gesetzliche Regelung der Zeugnispflicht von Bundesbeamten und der Herausgabe von Akten zu prospektuellen Zwecken, Neuregelung der Finanzverhältnisse des Bundes.

Rußland.

Eine neue Skandalaffäre. Die sozialdemokratische Fraktion der Reichsduma hat in dieser eine Interpellation eingebracht, der Briefe und Dokumente eines gewissen Lew Kafakow zugrunde liegen. Aus den Briefen Kafakows geht hervor, daß der bekannte Vorsitzende des Verbandes der echt russischen Leute, Dr. Dubrowin, ihn wie noch zwei andere Männer im Jahre 1906 zur Ermordung des Abgeordneten der zweiten Reichsduma Karawajew gedungen und jedem von ihnen 30 000 Rubel versprochen und bezahlt hat. Im Jahre 1908 sei Karawajew durch zwei von Dubrowin gedungene Gesellen in Scharaterinostaw ermordet worden. Der Gendarmereoffizier, dem die politische Spionage in Scharaterinostaw

unterstellt war, Semeljan Schkarnow stand bei der Ermordung Karawajew Wache, um die Mörder gefangen zu lassen. Die Schkarnow habe dem Kafakow versichert, daß die Ermordung Karawajew auf die Juden geschoben werden würde. Bei der Dingung der Mörder sei Dubrowin über den Grafen Witte losgezogen. Er habe den Verbändlern erzählt, daß Graf Witte als Minister viele Briefe des Zaren gestohlen habe und ihn in Berlin bei dem Bankhause Mendelsohn aufbewahre. Der Zar habe gedroht, Witte verhaften; Witte dagegen habe gedroht, die Briefe des Zaren zu veröffentlichen. Dubrowin habe erklärt, daß ihm mehrere Millionen zur Verfügung gestellt worden seien, um diese Briefe zu erhalten. Bei der Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion wurde gefragt, ob dem Justizminister die angeführten Tatsachen bekannt seien und warum Dubrowin nicht verhaftet worden sei.

England.

Das Attentat auf Lloyd George, der beim Verlassen einer liberalen Frauenversammlung von einem Anhänger der Suffragettes durch den Wurf mit einer Messingkassette erheblich verletzt wurde, hat eine schnelle Sühne gefunden. Der Attentäter, der sich selbst als Verteidiger des Frauenstimmrechts bekannte, wurde zu zwei Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Der Schahkanzler war selbst als Zeuge erschienen.

Persien.

Das Kabinett Samson ist zurückgetreten. In der Parlamentsitzung am Montag verlangten die Minister besondere Vollmachten, um mit einer Parlamentarischen Kommission die Angelegenheit des russischen Ultimatum zu erledigen. Der betreffende Antrag wurde vom Parlament nicht angenommen, worauf das Kabinett Samson demissionierte. Es soll nunmehr ein überwiegend demokratisches Kabinett unter Mostoufi Memalik gebildet werden. Dieses wird, wie verlautet, das russische Ultimatum endgültig ablehnen.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Frage einer Eisenbahn quer durch Persien von Rußland als eine seiner Forderungen gegen Persien vorgebracht wird. Ein Plan einer solchen Bahnlinie befindet sich in einem vorbereitenden Stadium und habe mit der gegenwärtigen Lage zwischen Rußland und Persien nicht das geringste zu tun. Ferner wird erklärt, daß die Abführung russischer Truppen nach Urmia in keiner Beziehung zu den augenblicklich in Teheran herrschenden Verhältnissen stehe. Dasselbe könne von allen russisch-türkischen, jetzt in Konstantinopel gepflogenen Unterhandlungen gesagt werden. Danach Urmia entsandten russischen Truppen seien infolge von Grenzfreitigkeiten mit der Türkei abgesandt worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Mittwoch, den 20. Dezember.

Müftung, Müller und Mühlenarbeiter! Wegen Mängelregelung eines Kollegen haben 22 Müller und Mühlenarbeiter der Grügsmühle H. u. J. Brügggen, Hafensstraße, ihre Kündigung eingereicht. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Streit in der Darmhandlung von Schreiber Katharinenstraße 47, dauert unverändert fort. Wir bitten jeden Zuzug von Schlachtern und Hilsdarbeiter streng fernzuhalten.

Die Reichstagswählerlisten

für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte liegen bis einschließlich Freitag, den 22. Dezember täglich

von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr

im Konzerthaus Fünfhausen zu jedermanns Einsicht aus.

Die Listen können von heute ab auch im Parteisekretariat, Johannstraße 50, von morgens 8 bis abends 10 Uhr eingesehen werden

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß das Parteisekretariat, Johannstraße 50, gern bereit ist für Wahlberechtigte, denen es an Zeit mangelt oder die sonst verhindert sind, die Listen einzusehen. Auch für Kranke muß die Wählerliste nachgesehen werden.

Arbeiter, Parteigenossen! Seht die Wählerlisten ein

Der „Don“.

Unser liberaler Reichstagskandidat ist gar ein zarbefaitetes Männchen. Bei jedem scharfen politischen Lufthauch krümmt er sich und wünscht einen Windfang Kritisiert der Gegner seine Angehörigkeiten etwas dann fährt er auf und rennt zum Kadi:

Dies, das und noch viel anderes hat der von mir gesagt; Ich laß mir's nicht gefallen, drum sei der Mann verklagt!

Auch ein Zeichen vereinernten politischen Gesinnung Ganx besonders empört aber ist Herr Klein, wenn der Arbeiterwähler ihm einmal grob kommen. Dann stöhnt er herzerweichend über solche „Gemeinheiten“. Daß er selbst aber die sozialdemokratischen Wähler in der am meisten feinen Weise — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — beleidigt, ihnen Dinge an den Kopf wirft, die in der Bezeichnung „Beschimpfung“ noch sehr mild charakterisiert sind, dafür geht dem „vornehmen, sachlichen, anständigen“ Herrn anscheinend jegliches Empfinden ab. Nur ein Beispiel! Herr Klein

besaß die unerhörte Dreistigkeit, den Arbeiter Arbeitern folgendes zu bieten: Wenn Ihre Führer Ihnen sagen, dieser helle Saal ist Stockbunker, dann schreiben Sie alle: Stockbunker! Als aber die Arbeiter, mit Recht empört, ihm zuriefen, ob sie denn Idioten seien, da begriff Herr Klein nicht, wie infam er denker, mit gesunden Sinnen vernehmender Menschen Ehrgefühl verletzt, sondern meinte selbstgefällig, wie einer, der einen besonders schlaun Streich verübt: „Ja, das mögen Sie natürlich nicht hören! Das ist Ihnen natürlich unangenehm!“ Allerdings! Sie als geleithammelte, geistig blinde Arbeiter verhöhnen zu lassen — das haben die Arbeiter nicht nötig. Gegen solche Besudelungen rücksichtslos zu protestieren, ist ihr gutes Mannesrecht. Und ihre Selbstbeherrschung und ihr Takt verdient Bewunderung, insofern sie nicht sofort in der großen Stadthallenversammlung dem dreisten Beleidiger die Quittung ausstellten. Aber derart plump der Gegner Ehre mit Füßen tritt, hat die allermindeste Ursache, über den schlechten Ton — der anderen zu jammern. Der darf sich auch nicht entkräften, wenn die Opfer seiner „entschiedenen Liberalen“ Methode ihm den Rücken drehen und „Abjäs, Julius!“ rufen!

Gründe, keinen Liberalen zu wählen. 2. Grund. Die Liberalen sind in allen politischen Fragen vollkommen unzuverlässig. Von allen kapitalistisch entwickelten Staaten bleibt Deutschland von demokratischen Regierungsformen am weitesten entfernt. Die Schuld an diesem Zustand, der die Massen zur Rechtlosigkeit verurteilt, das Reich in den Augen des Auslandes herabsetzt und es in der auswärtigen Politik zu einer kläglichen und dem Frieden gefährlichen Rolle verurteilt, trägt das liberale Bürgertum, das sich den Forderungen der Demokratie gegenüber stets entweder lau oder direkt ablehnend verhalten hat. Unter den Liberalen gibt es höchstens auf dem linken Flügel der Fortschrittspartei einige vereinzelt Demokraten, die Nationalliberalen sind antidemokratisch gesinnt und die Masse der Fortschrittspartei stimmt ihnen offen oder heimlich zu. Seit der Gründung des Reiches ist im Reich und in Preußen kein einziger freiheitlicher Fortschritt von den Liberalen erreicht oder auch nur mit einiger Energie gefordert worden. Das Reichstagswahlrecht hat sich verschlechtert, das Landtagswahlrecht ist nicht verbessert worden, weil es bei den Liberalen an jedem ernstlichen Reformwerk fehlte. Dagegen sind die verschiedensten Ausnahmegerichte und reaktionären Maßnahmen (von denen noch ausführlicher zu sprechen sein wird) mit liberaler Hilfe zustande gekommen.

Der Byzantinismus und die rückständige Gesinnung des Liberalismus hat dem Reichstag jede Machterweiterung gegenüber dem persönlichen Regiment und der Geheimregierung des Bundesrats vorenthalten. Wo eine Spur von gutem Willen vorhanden ist, fehlt doch aller Mut, ihn energisch und folgerichtig zu betätigen. Es gilt noch immer, was der Dichter Moritz Hartmann vor sechzig Jahren ihnen ins Stammbuch schrieb:

Ihr armen deutschen Liberalen,
Bei Gott, es war nur leeres Prahlen
Und hohle Renommisterei,
Da ihr so tattet, als wäret ihr frei.
Ich seh' Gelehrte und Professoren
Und Präsidenten und Assessoren,
Pumpenhändler und Altertumskenner,
Wiedermänner, Pansemänner,
Wassermänner,
Aber, wo sind die Männer,
die Männer?!

Heute könnte man allenfalls noch den Haus- und Wassermännern noch die Raumannen, Hausmänner, Lehmannen und Hagemannen zuzählen. „Aber wo sind die Männer, die Männer!“

Arbeitsruhe am Wahltag. Die Steinseher und Berufsgenossen beschlossen in ihrer letzten Versammlung, am Wahltag die Arbeit ruhen zu lassen.

Abgeblüht!
Herr Julius Klein kam selbst ins Haus
Und sprach so ganz belläufig aus:
„Was amter? — ja? Erzählen Sie,
Wie wählen Sie?“
Der pfiffige Wähler rief den Leim:
„Auf Diensteid! Das sag' ich dem Herrn
Kollegen gern!
Ich wähl' — ich wähl' geheim! Geh' heim!
Frei nach dem Wahlflugblatt der
„Berl. Volksztg.““

Was ist Ende 1911 verjährt? Wenn das Jahr zu Ende geht, dann denkt gar mancher an seine Gläubiger oder Schuldner und fragt sich, ob die Schuld verjährt ist. Die Paragraphen 195 bis 225 des B.-G.-B. beantworten uns nun diese Frage. Da aber nicht jeder das Gesetz zur Hand hat, wollen wir das wichtigste über die Verjährung mitteilen:

Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre; sie wird überall da angewendet, wo keine kürzere Frist vom Gesetzgeber bestimmt ist. Auch ausgelagte Forderungen und Darlehen verjähren in 30 Jahren. Für die meisten Ansprüche, die sich aus dem wertvollen Leben ergeben, sind bedeutend kürzere Verjährungsfristen angesetzt.

In vier Jahren verjähren besonders die Forderungen der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker für die Lieferung von Waren oder für die Ausführung von Arbeiten, wenn die Leistung für den Gewerbetrieb des Schuldners erfolgt ist; ferner die Ansprüche auf Rückstand von Zinsen, von Miete und Pacht, auf Rückstände von Renten, Auszugsleistungen, Besoldungen, Wartegeldern, Ruhegehältern, Unterhaltungsbeiträgen (Alimente) und allen anderen regelmäßig wiederkehrenden Leistungen.

In zwei Jahren verjähren besonders die Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Kunstgewerbetreibenden für Warenlieferungen oder Ausführung von Arbeiten, ferner die Forderungen der Eisenbahn-Unternehmungen, Frachtführer, Schiffer, Schiffsleute und Boten, der Gastwirte und solcher Personen, die Speisen und Getränke gewerbsmäßig verabreichen, derjenigen, die Lotterielose vertrieben, der Personen, die im Privatdienst stehen, wegen Gehalts, Lohnes oder anderer Dienstbezüge, der gewerblichen Arbeiter, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohnes und anderer an Stelle oder als Teil des Lohnes vereinbarten Leistungen, mit Einschluß der Ausbehaltenen Vorschüsse, der Lehrherren und Lehrmeister wegen des Lehrgeldes und anderer im Lehrvertrag vereinbarten Leistungen, sowie wegen der für die Lehrlinge bestellten Auslagen, der öffentlichen und privaten Unterrichts-, Erziehungs-, Pflege- und Heilstätten, der Lehrer, Ärzte,

Gebammen, Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Zeugen und Sachverständigen.

Wann beginnt nun die Verjährungsfrist? Bei Forderungen, die in 30 Jahren verjähren, beginnt sie an dem Tage, wo der Anspruch entsteht. Ein am 15. Dezember 1910 fälliges Darlehen ist also am 15. Dezember 1940 verjährt. Anders ist es bei den kürzeren Verjährungsfristen von zwei und vier Jahren; diese werden vom Ende des Jahres an berechnet, in dem die Forderung entstanden ist. Ein Arbeiter sollte zum Beispiel am 4. Juni 1910 25 Mk. Lohn erhalten, bekam ihn aber nicht; sein Anspruch verjährt am 31. Dezember 1912.

Die Verjährung wird gehemmt, wenn die Zahlung gestundet worden ist oder wenn der Schuldner aus einem anderen Grunde vorübergehend zur Verweigerung der Zahlung berechtigt ist, oder wenn der Gläubiger an der Rechtsverfolgung verhindert ist. Der Zeitraum, während dessen die Verjährung aufgehoben, gehemmt ist, wird in der Verjährungsfrist nicht angerechnet.

Die Verjährung wird dadurch unterbrochen, daß der Schuldner dem Gläubiger gegenüber den Anspruch auf Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise anerkennt. Die bloße Zustellung einer Rechnung oder Mahnung unterbricht die Verjährung nicht. Die Verjährung wird ferner dadurch unterbrochen, daß der Gläubiger gegen den Schuldner beim Gericht Klage erhebt oder den Erlaß eines Zahlungsbefehls beantragt. Die Unterbrechung rechnet erst mit Zustellung der Klage oder des Zahlungsbefehls. Nach Ablauf der Unterbrechung rechnet die Frist von neuem. Die Forderung eines Schneiders zum Beispiel für einen im Jahre 1907 gelieferten Anzug würde am 31. Dezember 1909 verjährt sein. Erkennt der Schuldner aber die Forderung im Jahre 1909 an, so verjährt sie erst Ende 1911.

Wer also irgend welche Ansprüche zu verfolgen hat, die am 31. Dezember 1911 verjähren könnten, muß sich beeilen, sie durch eine Klage oder einen Zahlungsbefehl geltend zu machen.

Reichstagswahl und Armenunterstützung. Nach § 3 Ziffer 3 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag sind vom Wählen ausgeschlossen Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben. Diese Gesetzesbestimmung hat durch ein später erlassenes Gesetz eine Änderung erfahren. Es bilden von jetzt ab nicht mehr alle Unterstühtungsarten einen Wahlausschließungsgrund, es sind die sogenannten „unterstützten“ Unterstühtungsfälle ausgenommen. Das neue Gesetz wurde am 15. März 1909 erlassen, und nach diesem Gesetz kann das Wahlrecht zum deutschen Reichstag auch von Personen ausgeübt werden, die Armenunterstützung beziehen, wenn die nachstehenden Unterstühtungsarten in Betracht kommen:

1. Krankenunterstützung,
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege,
3. Unterstühtungen, die zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf gewährt werden,
4. sonstige Unterstühtungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, und
5. Unterstühtungen, die erstattet sind.

Es kommen aber nach den Beschlüssen der Wahlprüfungskommission des deutschen Reichstages in der Reichstagsperiode 1893 bis 1898 noch weitere Bestimmungen in Betracht. Es wird weiter verlangt, daß die Armenunterstützung innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Wahl bezogen worden ist, nicht innerhalb des letzten Kalenderjahres. Als Armenunterstützung ist nicht anzusehen die Gewährung des Armenrechtes zur Führung eines Prozesses, die Ausnahme der Kinder in eine Freischule, die unentgeltliche Verabfolgung von Schulbüchern und Weihnachtsgeschenken an Kinder, sowie Unterstühtungen, die aus Stiftungen herrühren.

Wir machen unsere Leser auf diese Bestimmungen ausdrücklich aufmerksam. Es werden sich auch bei der am 12. Januar 1912 stattfindenden Reichstagswahl wieder eine Anzahl Wahlvorsteher, und besonders gilt dies von den Wahlvorstehern auf dem Lande, nicht an die neueren gesetzlichen Bestimmungen gewöhnen können.

Schiffsverluste im November. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind im November 20 Dampfer mit 30 824 Brutto-Reg.-T. und 63 Segelschiffe mit 30 903 Netto-Reg.-T. vollständig verloren gegangen, gegen 29 Dampfer mit 57 248 T. und 52 Segelschiffe mit 21 990 im November vor. In den im November d. J. verloren gegangenen Dampfern sind sieben gestrandet, drei sind durch Kollision verloren gegangen, einer durch Feuer, einer ist verschollen und acht sind gesunken; von den Segelschiffen sind 36 gestrandet, drei durch Zusammenstoße verloren gegangen, zwei durch Feuer, zwei sind verschollen, eins ist gekentert, acht sind gesunken, sieben verlassen und vier sind kondemniert worden. Unter den im November d. J. verloren gegangenen Dampfern und Seglern ist die deutsche Flagge nicht vertreten. Außer diesen Totalverlusten hatten im November noch 801 Dampfer und 237 Segler Havarien, gegen 725 Dampfer und 268 Segelschiffe im November 1910.

Die Markthalle ist am Freitag, dem 22. ds. Mts., am Sonnabend, dem 23. ds. Mts., und am Sonntag, dem 30. ds. Mts., den ganzen Tag bis abends 9 Uhr, am Sonntag, dem 24. und am Sonntag, dem 31. ds. Mts., von 11 bis 6 Uhr geöffnet.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat November 10 Personen, darunter zwei weibliche, vor dem hiesigen Amtsgericht.
pb. Diebstahl. Am 19. ds. Mts. zwischen 11 und 12 Uhr ist vom Flur des Hauses Fischergrube 66 ein Fahrrad, Marke „Wanderer“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittsbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 7421 abhandengekommen. Auf der von der Lenkstange bis zur Kurbel führenden Schrägstange ist der Name der Firma: „Radage u. Oette, Hamburg“ geschrieben. Die Lenkstange ist an beiden Seiten gelötet. Von dem Acker eines Gärtners in der Roßlanger Allee sind ca. 100 Köpfe Weißkohl gestohlen worden. — Am Dienstag nachmittag, den 19. ds. Mts., wurden vor einem Hause der Schwartzauer Allee zwei Mohrtische gefunden, die vorläufig von dem Besitzer des Hauses sicher gestellt sind.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Donnerstags findet die Erkaufführung der Opern-Modität „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauß statt. Der Anfang ist um 7 Uhr angesetzt, damit die auswärtigen Theaterbesucher die von Lübeck abgehenden Nachtzüge noch bequem erreichen können. Ende der Oper ist 10 1/2 Uhr. Die Titelrolle singt Frau Kruse-Tiburtius. In den übrigen Hauptrollen sind Fräulein Widham, Fräulein Jansen, Fräulein Renner, Fräulein Arlt sowie die Herren v. Schenk, Langefeld, Schorn, Viktor, Kollwig, Fabian beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Oberregisseurs Weyer. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Pfeiffer. Die neuen Dekorationen stammen aus dem Atelier des Herrn Professor Sittmeier

in Koburg. Die neue Orchester-Gesellschaft des Darmstadt-Haus von Max C. Herbst, in Hamburg. Am Freitag geht in neuer Einstudierung das wirkungsvolle Lustspiel „Fräulein Josette — meine Frau“ von Gavault und Charvay in Szene.

Altona. Mord und Selbstmord. In der Großen Marienstraße 55 wohnte der 30 Jahre alte Maler Adolf Dunkel seit Jahren mit der geschiedenen Frau Regine Nicolaisen zusammen. Das Verhältnis der beiden hatte sich aber in der letzten Zeit gelockert und Dunkel verfolgte die Frau mit Eifersuchtsjahren. Er drohte ihr, sie und dann sich selbst zu erschließen, wenn sie nicht das alte Liebesverhältnis zu ihm wiederherstellen wollte. Die Frau hatte deshalb auch ihre Nachbarn gebeten, zur Polizei zu schicken, wenn Dunkel komme. Gestern mittag hatten die Nachbarn auch schon nach der Polizei geschickt; als diese aber ankam, war das Unglück schon geschehen. Dunkel hatte versucht, in die Wohnung zu kommen, aber Frau Nicolaisen verweigerte ihm den Eintritt und vertrat ihm den Weg. Ohne weitere Auseinandersetzung zog Dunkel den Revolver und schoß die Frau in den Kopf, daß sie tot zu Boden sank. Darauf tötete er sich durch einen Schuß in die Schläfe. Ein Arzt, der bald nach der Tat zur Stelle war, konnte nur den Tod der beiden feststellen. Die Frau Nicolaisen hinterläßt vier Kinder, die in der städtischen Versorgungsanstalt untergebracht worden sind.

Bergedorf. Verhinderter Wahlrechtsraub. Im letzten Sommer hatten Magistrat und Bürgerschaft eine Wahlrechtsverschlechterung nach Hamburger Muster beschlossen. Die Wähler mit mehr als 2000 Mk. versteuertem Einkommen sollen eine Klasse mit acht Vertretern, alle anderen Wähler aber eine Klasse mit nur vier Vertretern bilden. Zur Gesetzgebung dieses Wahlrechtsraubs war aber eine Änderung der Hamburgischen Landgemeinbeordnung durch den Senat von Hamburg die Vorbedingung. Diese Änderung der Landgemeinbeordnung hat der Hamburger Senat nun abgelehnt, weil er nach der Erfahrung hat, die Gegenstände noch weiter zu verschärfen. Die vereinigte Reaktionspartei sind wütend, denn unter dem jetzigen Wahlrecht dürften wohl bei den Bürgerschaftswahlen, die im Februar 1912 stattfinden, die Liberalen und Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen.

Hamburg. Wer terrorisiert? In einer Wählerverammlung in Zeven (Hamburg), hielt ein Redner dem über sozialdemokratischen Terrorismus sprechenden Handwerkskammerpräsidenten Wienbeck vor, daß der Wächter der Güter des Landrats von Zeven, des Herrn v. Hammerstein, namens Mertens, sich einem Handwerksmeister in Zeven gegenüber geäußert habe, daß er keinem Handwerker mehr etwas zu verdienen geben würde, der nicht den konservativen Kandidaten, Dr. Warenhorst, wähle. Mertens gab das auch zu und erklärte, das Recht zu einem solchen Vorgehen werde er sich nicht nehmen lassen. Und das schreit nach Zuchthausgefängnis für die Gewerkschaften!

Kellinghusen. Stadtvorordnetenwahl. Bei der Stadtvorordnetenwahl am 18. d. Mts. wurde Genosse Westphalen mit 226 Stimmen gewählt, sein Gegner brachte es auf 183.

Wilhelmshaven. Die Wilhelmshavener Spionage. Das Wollfische Telegraphische Bureau veröffentlicht folgende Notiz: „In der deutschen Presse wird eine aus einer rheinischen Zeitung stammende Nachricht vielfach abgedruckt, nach der in Wilhelmshaven eine Verschwörungsbande entdeckt worden sei, die beabsichtigt habe, einer fremden Macht die Pläne zu den Hafenschleusen zum Zwecke der Sprengung im Kriegsfall auszuliefern. Die deutsche Hochseeflotte hätte sich, um jeder möglichen Gefahr zu begegnen, wochenlang außerhalb des Hafens aufgehalten. Diese Nachrichten sind, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, frei erfunden. Richtig ist nur, daß in Wilhelmshaven mehrere Schulkente und ein aktiver Angehöriger der Marine auf Grund des sehr starken Verdachtes, Spionage betrieben zu haben, verhaftet worden sind. Diese versuchten, Abschriften aus einem wichtigen Geheimbuch an eine fremde Macht zu liefern.“

Schwerin. Keine Junggesellensteuer in Mecklenburg. In einem Antwortschreiben an den Landtag erklärt die mecklenburg-schwerinsche Regierung, daß sie den Vorschlag der Stände, eine Junggesellensteuer einzuführen, ablehnen müsse.

Nordenham. Der Kampf um den Arbeitsnachweis im Baugeber wird mit zäher Ausdauer weitergeführt. Die Unternehmer versuchen Maurer und Arbeiter nach dort zu bekommen. In Hannover ist im Arbeitsnachweisbureau der Unternehmer ein Plakat ausgehängt, wonach Maurer nach Nordenham bei sechsjähriger Arbeitszeit gesucht werden. Am Orte selbst sind arbeitslose Maurer und Arbeiter genug vorhanden. Die Unternehmer bringen jeden, der ohne Arbeitsnachweis Arbeit gefunden hat, durch die schwarze Liste wieder aus der Arbeit. Der Sekretär der Unternehmer gab in der Sitzung des Bezirkschiedsgerichts zu, einen Maurermeister brieflich aufgefordert zu haben, einen Gesellen wieder zu entlassen; was dann auch geschah, obgleich im Tarifvertrag § 10 Absatz 2 lautet: Die Einstellung und Entlassung steht im freien Ermessen des einzelnen Arbeitgebers.“ Obgleich in diesem Falle der Unternehmer von seiner Organisation gezwungen wurde, den Maurer wieder zu entlassen, füllte das Bezirkschiedsgericht mit drei gegen zwei Stimmen den Beschluß: „Die Entlassung des Maurers . . . durch den Maurermeister . . . ist um deswillen kein Verstoß gegen den Tarifvertrag, weil es sich hierbei um eine Maßregelung zur Erämpfung des Arbeitsnachweises Nordenham durch die Arbeitgeber handelt und der Arbeitsnachweis außerhalb des Tarifvertrages steht. Es handelte sich nicht darum, G. . . aus jeder Stellung zu bringen, ihm war beim Passieren des Arbeitsnachweises auch die Arbeit bei seinem alten Meister wieder in Aussicht gestellt.“ Also auf Grund dieses Spruches haben die Unternehmer das Recht, jeden, der ohne ihren Arbeitsnachweis Arbeit gefunden hat, wieder aus der Arbeit zu treiben. Hieraus ergibt sich aber das Recht für die Arbeiter, jeden der durch den Nachweis der Unternehmer in Nordenham in Arbeit tritt, wieder aus der Arbeit herauszuholen. Für das Vertragsgebiet Nordenham sind sämtliche Arbeitsnachweise Deutschlands gesperrt. Die Bauarbeiter werden gewarnt, sich durch Arbeitsnachweise nach Nordenham locken zu lassen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: L. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Schwane & Heeschen

Königstraße 69-71.

Lübeck.

Fernsprecher 359.

Teppiche

grösste Auswahl am Platze
Mk. 5.—, 8.—, 9.25, 10.—, 12.— etc.

Portièren

grösste Auswahl am Platze
Garnitur Mk. 4.50, 6.—, 7.25 etc.



Gardinen

grösste Auswahl am Platze
25, 35, 45, 50, 60 Pfg. per Meter etc.

Tischdecken

grösste Auswahl am Platze
Mk. 2.50, 2.75, 3.—, 4.—, 5.— etc.

Moquettes (bunte Möbelplüsch) Grösste Auswahl am Platze
Mk. 5.50, 5.80, 6.—, 6.75 etc. per Meter.

Bettdecken

von Mk. 2.— an.

Felle

von Mk. 3.— an.

Vorlagen

von 90 Pfg. an.

Schlafdecken

von Mk. 3.70 an.

Divandecken

von Mk. 4.50 an.

Reisedecken

von Mk. 3.75 an.

Wachstuche

von 28 Pfg. an.

Fussmatten

von 25 Pfg. an.

Kissen

von 95 Pfg. an.

LINOLEUM-Teppiche
Läufer Vorleger preiswert.

Grösste Auswahl am Platze.

Grösste Auswahl am Platze.

Vor der Wahl

eines nützlichen Weihnachtsgeschenktes besichtigen Sie bitte die unübertrefflichen

Nähmaschinen und Fahrräder

der Firma

H. A. Hill Nachf.

Johannisstraße 9.

Walter Schmidt.

Stauend billige Preise. Reelle Bedienung. Besichtigung gern gestattet.

Die Weberei von W. C. Kelling

(früher F. J. W. Hopp)

Großer Bauhof 5, Ecke der Effengrube,
empfiehlt ihre dauerhaftesten

Bett-, Tisch- und Leinwandzeuge

und sonstige Artikel

sowie

doppelt gereinigte Dauen und Bettfedern.

Spezialität: Waren von Handgespinnstgarn.

Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Billiger Weihnachts-Verkauf

in allen Artikeln unserer

Damen- und Kinder-Konfektion

zu ermäßigten Preisen.

Die zu Weihnachtsgeschenken gekauften Artikel werden nach dem Weihnachtsfeste bereitwilligst umgetauscht oder passend abgeändert.

Gebr. Hirschfeld Breite Straße 39/41.

Das Wahlbureau
der sozialdemokratischen Partei
für den Wahlkreis Lübeck
Johannisstraße 50, Telephon 225,
ist werktätlich ununterbrochen von 8 Uhr
morgens bis 10 Uhr abends geöffnet.
Sonntags und Feiertags
vormittags von 9 bis 1 Uhr.

Reichsverband, Nationalliberale und Zuchthausvorlage.

Die schroffe Ankündigung der Zuchthausvorlage durch den sächsischen Minister Grafen Bismarck hat bekanntlich selbst den nationalliberalen Interpellanten in der Zweiten sächsischen Kammer unangenehm. Die Herren müssen zur Reichstagswahl nun einmal auf die Arbeitererschaft Rücksicht nehmen; und hatten sie selber ihren Liberalismus durch die Torheit der Interpellation schon auf das Ärgste bloßgestellt, so war ihnen mit der Plumpheit, mit der nicht nur der Minister, sondern auch die Konservativen sich auf den Braten stützten, die Wahlzeit völlig verdorben worden. Zu allem Unglück liegt nun auch noch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie den Nationalliberalen die Leuten. In Nummer 3 der vom 15. Dezember 1911 datierten „Wahlkorrespondenz“ des Reichsverbandes erhält der nationalliberale Landtags-Abgeordnete Dr. Böphel einen Rißfel, weil er die Wirkung der Worte des Ministers mit der Erklärung abzuschwächen suchte, daß seine Parteifreunde keine Zuchthausvorlage verlangten.

Die Reichsverbands-Korrespondenz der großindustriellen Scharmacher ist an sich natürlich voller Freude über die Zusage des Grafen Bismarck. Aber Herr Dr. Böphel weist sie wie folgt in die Schranken:

„... Sofort, wenn die Regierung einen Antrag nehmen will, zur Besserung die Initiative zu ergreifen, erteilt der erste Ruf aus jungliberalem Lager „Zuchthausvorlage“. Damit hat der Abg. Böphel sich den sozialdemokratischen Sarg zu eigen gemacht. Bekanntlich wurde der 1899 dem Reichstage vorgelegte Entwurf zum Schutze der Arbeitswilligen von der Sozialdemokratie sofort als Zuchthausvorlage verlästert, obwohl nur an einer einzigen Stelle des Entwurfs für die allerersten Ausstreichungen Zuchthausstrafen vorgesehen waren, während sich im allgemeinen die Vorlage in durchaus gemäßigten Grenzen hielt. Der Reichstag lehnte damals den Gesetzentwurf ab, weil die Sozialdemokratie und gewisse Sozialpolitiker es geschickt verstanden hatten, den breiten Massen einzureden, es handele sich um einen Schlag gegen die Arbeiterschaft. Jetzt wird von den Jungliberalen dasselbe Lied gesungen. Es ist weiter nichts als eine Flaumacherei, um vor Ihrer Majestät der Sozialdemokratie und vor Ihren Hohen, den sozialdemokratischen Gewerkschaften Kotau zu machen.“

Zum Verständnis dieser reichsverbändlerischen Beschönigung der Zuchthausvorlage sei an folgendes erinnert:

Bekanntlich hatte der Kaiser am 6. September 1898 in Bad Deynhausen jenen Trinkspruch gehalten, worin es hieß:

„Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern noch in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wer er will oder heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“

Am 26. Mai 1899 ging dann der Zuchthausgesetzentwurf dem Reichstage zu; in den Motiven wurde das Gesetz bezeichnet als ein Mittel zum Schutze der Arbeitswilligen, jener wie es in dem amtlichen Aktenstück hieß:

„für den Staat besonders nützlichen Elemente, welche in ihren, mit den Staatsinteressen zusammenfallenden persönlichen Interessen wirksam zu schützen eine wichtige und dringliche Aufgabe der Staatsgewalt ist.“

Nach dem Gesetzentwurf selbst sollte jeder Versuch der Arbeiter, den Unternehmer durch Drohung zur Nachgiebigkeit zu zwingen, sich wer bestraft werden, — und zwar traf der Entwurf nicht nur die Drohung mit strafbaren Handlungen, sondern auch die Drohung mit ArbeitsEinstellung, sofern sie unter Verletzung der Kündigungsfrist erfolgte, desgleichen die Drohung mit jeder Art von Sperre.

Als Drohung sollte nach der Zuchthausvorlage auch die planmäßige Überwachung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Werkstätten usw. angesehen werden, also jedes noch so friedliche Streikposten stehen, jede Werkstättenkontrolle, jede Überwachung der Ausführung von Arbeiterschutzvorschriften durch die Organisations-

Die Streikbrecher sollten den Majestäten gleichgestellt und vor allen Staatsbürgern dadurch ausgezeichnet werden, daß im Falle ihrer Beleidigung kein Strafantrag zur Verfolgung notwendig wäre.

Ferner bestimmte die Zuchthausvorlage, daß derjenige, der sich Handlungen zum Geschäft macht, die nach dem Entwurf strafbar wären, mit Gefängnis von mindestens drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden sollte. Jeder Gewerkschaftsbeamte, jeder Redakteur einer Arbeiter-Zeitung stände natürlich unter der Fuchtel dieser Bestimmung.

Bei gemeiner Gefahr für Menschenleben oder Eigentum sollte aber Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren, gegen Rädelsführer sogar bis zu fünf Jahren eintreten; eine solche gemeine Gefahr wäre aber bei größeren allgemeinen Streiks der Berg-, Hafen- und Transportarbeiter angenommen worden.

Eine Gesetzesvorlage, die derart haarsträubende Bestimmungen enthielt, die das bisherige Koalitionsrecht der Arbeiter vollends mit Stumpf und Stiel ansgerottet hätte, rühmt der Reichsverband in seiner Wahlkorrespondenz als eine Vorlage, die sich in durchaus gemäßigten Grenzen hielt!

Die Arbeiter, und nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die christlichen Arbeiter, ersehen aus der reichsverbändlerischen Lobrede auf die Zuchthausvorlage, wessen sie sich zu versehen haben, wenn sie bei den Reichstagswahlen einen Kandidaten unterstützen, der den Reichsverband für sich arbeiten läßt, wie das in Lübeck sowohl Herr Klein wie Herr Behrens tun. Die reichsverbändlerische Hilfe wird nicht nur den schwarz-blauen Block, sondern vornehmlich auch den Nationalliberalen zuteil, und wenn der sächsische Landtagsabgeordnete Dr. Böphel sich in der Zweiten sächsischen Kammer bei der behördlichen Ankündigung der neuen Zuchthausvorlage noch ein wenig sträubte und zierte, so beweist der ihm vom Reichsverbande gerichtete Nasenstüber nur, daß er schon wird Ordre parieren müssen, wenn er es mit der auch in der nationalliberalen Partei immer noch sehr einflussreichen Scharmachergilde nicht vollends verderben will.

Jeder Arbeiter aber macht sich zum Mitschuldigen an der neuen Zuchthausvorlage, wenn er schwarzblau oder liberal wählt, wenn er am 12. Januar nicht einem Sozialdemokraten seine Stimme gibt.

Der Raubkrieg.

Die Türkei dementiert die Friedensgerüchte; es sei unwahr, daß die Porte in Friedensunterhandlungen eingetreten sei oder eintreten werde.

Vom Kriegsschauplatz liegt Neues nicht vor.

Beachtlich ist die Gebietsabtretung an Ägypten. Aus Konstantinopel wird dazu gemeldet: Die Überlassung der Landschaft Solum erfolgte von der Türkei unter der Bedingung, daß über die Zugehörigkeit dieses fruchtigen Gebietes zu Ägypten oder zum Vilajet Tripolis erst nach der Beendigung des Krieges endgültig entschieden werden soll. Die kleine Festung Solum hat türkische Garnison. Die Italiener beabsichtigten Solum zu beschießen und zu okkupieren. Man erwartet jetzt, daß der Khediv von Ägypten Italien auffordern wird, die italienischen Kriegsschiffe aus jenen Gewässern zurückzuziehen. Falls die italienische Flotte trotzdem dort bleibt, würde das einen Konflikt mit Ägypten bedeuten. Wie das Reutersche Bureau erfährt, bedeutet die Belegung Solums keine neue Entwicklung. Die Türkei sei schon lange vor 1904 davon unterrichtet worden, daß die ägyptische Grenze Solum einbegreife; dies sei auch Italien mitgeteilt worden. Die jetzige Bewegung ägyptischer Truppen habe ihren Grund nur in der kürzlichen Entschließung der ägyptischen Behörden, einen Grenzposten bei Solum innerhalb der eigenen Grenzen zu errichten. Die innere Lage in der Türkei ist recht kritisch. Schon seit einiger Zeit ist in Konstantinopel die Rede von dem Rücktritt des Kriegsministers oder gar des ganzen Kabinetts und von der eventuellen Auflösung der Kammer. Diese durch den Parteihäher hervorgerufene Gefahr der inneren Lage hat sich in der letzten Kammer-Sitzung so zugespielt, daß in Konstantinopel die Demission des gesamten Ministeriums erwartet wird. Dagegen scheint bei den maßgebenden Stellen keine Meinung für die Auflösung der Kammer zu bestehen. Die leidenschaftliche Stimmung entlud sich in wüsten Sturmzügen, als das Mitglied der Opposition, Basri, die Verlesung eines Dokumentes verlangte, durch das bewiesen werden soll, man dürfe Said Pascha das Land nicht ohne Parlamentskontrolle anvertrauen. Dieses Dokument ist ein feinerzeit von Said an Abdul Hamid gerichtetes Epitaph, worin Said die Konstitution als eine schwere Gefahr für die Türkei bezeichnet. Präsident Riza, der das Schreiben nicht in Abwesenheit des Großwesirs verlesen wollte, wurde insuliert und hob die Sitzung auf, als die Erbitterung der Parteien sich eben handgreiflich äußern wollte.

Die Revolution in China.

Es ist bereits bekannt, daß unter den chinesischen Revolutionären sich auch solche befinden, die sozialistische Ideen vertreten. Heute liegt ein Telegramm vor, das die Konstituierung einer sozialistischen Partei meldet. Die Einzelheiten sind, wie gewöhnlich, wenn bourgeoise Korrespondenten über Sozial-

ismus berichten, unklar, und man wird abwarten müssen, bis die Sozialisten selbst zu Worte kommen. Die Tatsache aber scheint unzweifelhaft, daß die Revolution, deren Führer bisher im Lager der Besitzenden zu suchen waren, eine Revolution, die sehr deutlich den Stempel ihres kapitalistischen Ursprungs trägt; auch eine sozialistische Bewegung gebiert. Die proletarische Internationale wird bald auch jenseits der chinesischen Mauer ihr Banner entfalten. Das Telegramm lautet:

Shanghai, 18. Dezember. Hier hat sich eine sozialistische Partei konstituiert, deren Programm folgende Punkte umfaßt: Volle Sympathie gegenüber der Republik, Abschaffung aller Rassenunterschiede, Verbesserung der Gesehe und Achtung der Person, vollständige Abschaffung der Vorschriften und Rechtstitel betreffend Erbschaften und Nachlässe, Unterstützung der Arbeiterklasse, Abschaffung aller Steuern, mit Ausnahme der Grundsteuer, Einschränkung der Militärausgaben und Anwendung des Boykotts zur Erwerbung neuer Rechte.

Die Friedensverhandlungen haben begonnen. Tangshaoyi trat in Shanghai mit den Revolutionären zusammen. Bevor über irgendwelche Bedingungen für die Beilegung der Streitigkeiten verhandelt wurde, wurden Telegramme an Quanshikai und Lianheng gerichtet, in denen darauf gedrungen wird, daß allen militärischen Befehlshabern der beiden Parteien die strengsten Weisungen gegeben werden, den Waffenstillstand zu beobachten.

Über eine etwaige Intervention der Mächte wird dem „Berl. Tagebl.“ aus London telegraphiert: Der erste Schritt der internationalen Intervention in den chinesischen Angelegenheiten soll, wie der „New York Herald“ meldet, heute (Dienstag) erfolgen. Die Mächte werden angeblich den Vertretern der Revolutionäre und der Kaiserlichen bei der Konferenz in Shanghai eine gleichlautende Note überreichen lassen. In der Note werde die Erwartung ausgedrückt, daß eine baldige Einigung erfolge. Gleichzeitig werde angedeutet, die Mächte würden nicht erlauben, daß ein Chaos in China eintrete. Zu dessen Vermeidung halten die Mächte anscheinend die konstitutionnelle Monarchie für nötig.

Die revolutionäre Verwaltung ist in Tschifu wiederhergestellt und der Führer der Revolutionäre, der gestern gefangen genommen worden war, wieder befreit worden.

Über die Haltung der Japaner macht der chinesische Spezialberichterstatter des „B. L.“ folgende interessante Mitteilung: Die Japaner spielen in dem Kampfe zwischen den beiden Parteien eine eigenartige Rolle. Es besteht unter den anderen Nationen wenig Zweifel mehr, daß die ganze Sache zum großen Teil von den Japanern angezettelt ist. Ihre Schiffe bringen den Rebellen Munition und Geschütze, und japanische Spione treiben sich überall herum. Legitim sollen von den Kaiserlichen zwei Japaner standrechtlich erschossen worden sein.

Derselbe Korrespondent weiß zu melden:

Die Deutschen sind bei den Rebellen in sehr schlechtem Ruf. Die tollsten Gerüchte von deutschen Transporten, die für die Regierungstruppen Munition bringen sollten, werden erzählt. Natürlich ist das alles von den andern erfunden und den Rebellen erzählt worden. Allerdings sind einige Firmen auch ziemlich unvorsichtig gewesen und haben den Kaiserlichen allerhand verkauft. Sie hätten das besser gelassen, zumal sie wußten, daß sie von Spionen umgeben waren.

Gewerkschaftsbewegung.

Kartographenstreik in Berlin. Durch die Aussperrung im Steinbruckerwerk sind auch die Steinbrucker und Kartographen des „Pharus-Verlag“ in Berlin, eines Landkartenverlages, in einen Konflikt mit ihrem Unternehmer geraten. Den Steinbruckern wurde Streikarbeit zugemutet. Sie legten deshalb die Arbeit nieder und die Kartographen beteiligten ihre Solidarität durch Einreichung der Kündigungen. Die Kündigungsfrist ist nun abgelaufen, und auch die Kartographen stehen jetzt im Streik. Das ist besonders beachtenswert, weil die Berliner Kartographen von wirtschaftlichen Kämpfen bisher fast völlig verschont blieben; der ausgebrochene Streik ist denn auch der erste, den die Berliner Kartographen auszufechten haben. Man sieht, die Ausperrungswut der Unternehmer treibt immer neue Arbeiter in den Kampf.

Tarifvereinbarung für die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. Auf Einladung des als Einigungsamt in dem Konflikt zwischen den Buchdruckerei-Hilfsarbeitern und den Buchdruckereibesitzern angerufenen Tarifamts der deutschen Buchdrucker waren am Montag im Papierhause zu Berlin Vertreter beider Parteien aus Berlin, Straßburg, München, Stuttgart, Königsberg, Bremen, Halle, Mannheim, Ludwigshafen, Magdeburg, Nürnberg und Järth erschienen, um über einen Hilfsarbeitertarif für die Buchdruckereibetriebe zu beraten. Nach mehr als zwölfstündiger Beratung gelang es eine Einigung herbeizuführen, nach welcher der Hilfsarbeitertarif auf die Dauer von fünf Jahren für die genannten Städte abgeschlossen ist.

Einen glänzenden Sieg errangen die freien Gewerkschaften bei den Gewerbeberechtigtenwahlen in Zwickau. Die Liste des Gewerkschaftsartikels vereinigte 877 Stimmen auf sich; die Liste der Christlich-Nationalen dagegen brachte es nur auf ganze 58 Stimmen. Somit fallen den freien Gewerkschaften alle sechs Sitze am Gewerbegericht zu, die Christlich-Nationalen aber haben das Nachsehen. Der Ausfall der Wahl hat bewiesen, daß hinter der ganzen sogenannten christlich-sozialen Arbeiterbewegung gar nichts steckt, daß ihr das Notwendigste, nämlich die Arbeiter, fehlt.

Die Bergarbeiterbewegung in Großbritannien. Aus Cardiff wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen den Unternehmern Großbritanniens und der Bergarbeiterföderation abgebrochen worden sind. Vor einer

Woche hieß es, daß der Gesamtverband der Kohlenbesitzer des Landes mit den Vertretern der Bergarbeiter am 18. d. Mts. in London eine Konferenz anberaunt hätte. Der Sekretär der Bergarbeiterorganisation, Thomas Ashton, ist inzwischen von der Unternehmerorganisation offiziell benachrichtigt worden, daß die Konferenz seinen Zweck habe und daß die Streitfrage (Minimallohn) in lokalen Konferenzen verhandelt werden müsse. Zu diesem Beschlusse kamen die Unternehmer in einer am 12. Dezember in London abgehaltenen Sitzung. Ingeheim dieser Absage wird den Bergarbeitern nichts anderes übrig bleiben, als die Abstimmung über den Generalstreik vorzunehmen, wie sie auf der letzten Generalversammlung der Bergarbeiterorganisation zu Southport beschloffen worden ist; denn die Verhandlungen in den einzelnen Distrikten sind außer in einem kleinen Revier resultatlos verlaufen. Mit dieser Frage wird sich die Konferenz der Föderation, die am 20. Dezember in London zusammentritt, zu befassen haben. Für die allgemeine Lage ist es sehr bezeichnend, daß selbst die konservativen Elemente in der britischen Bergarbeiterbewegung augenblicklich keinen anderen Ausweg sehen als den Generalstreik.

Dem Sonntagsbäckerverbot in den Bäckereien.

Durch die bürgerliche Presse geht eine Notiz, nach der der Zentralverband der Bäcker und Konditoren als ein prinzipieller Feind einer Berliner Polizeiverordnung erscheint, die für alle Bäckereien die Arbeit von Sonntags morgens 8 bis Montag morgens 6 Uhr verbietet.

Diese Notiz stammt aus dem Lager der gelben Bäckerbewegung, die auch die Paterschaft für den Plan einer solchen Verordnung übernommen hat. Zur Klarstellung der Sache stellen wir folgendes fest:

Seit vielen Jahren kämpft der Bäckerverband um einen 36stündigen wöchentlichen Ruhetag. In diesem Streben wurde er neben den Bäckereinnungen auch vom goldenen Bund, einer Schöpfung der Bäckermeister gegen den immer stärker werdenden Verband, am fanatischsten gehindert und bekämpft. Das hinderte jedoch nicht, daß es dem Verband gelang, für etwa 15000 Gesellen die siebenstündige Arbeitswoche durch einen 36stündigen Ruhetag — teils alle Woche, teils alle zwei oder drei Wochen — zu durchbrechen. Erst in diesem Jahre wurde für etwa 4700 Gesellen in Berlin dieser 36stündige Ruhetag neu eingeführt.

Nunmehr, als die Gelben einsehen mußten, daß sie die Einführung des wöchentlichen Ruhetages nicht länger hindern konnten, versöhnten sie auf den Ausweg, von der Polizei für den Bezirk Berlin ein Sonntagsbäckerverbot zu fordern. Einer solchen Forderung stand der Verband von vornherein mißtrauisch gegenüber. Abgesehen davon, daß ein solches Verbot von den Gelben lediglich, wie dies in jüngerer Offenheit von der gelben Bundesleitung ausdrücklich zugegeben wurde, nur gefordert wird, damit der Verband nicht seine Forderung nach einem 36 Stunden betragenden Ruhetag durchsetzen kann, würde durch dieses Verbot überall dort, wo bereits die sechsstündige Arbeitswoche durchgeführt ist, die siebenstündige Arbeitswoche wieder eingeführt werden können und zwar dadurch, daß die Bäckermeister an den Sonnabenden und Montagen um soviel länger arbeiten lassen würden, damit der Anfall durch das Bäckerverbot von Sonntag zu Montag wieder eingeholt werden würde.

Es würde also das geplante Bäckerverbot eine ungeheure Verschlechterung der bestehenden Arbeitsverhältnisse mit sich bringen, die sich speziell die Berliner Bäckergesellen unter seinen Umständen gefallen lassen werden. Sie haben in mehreren Versammlungen ihren Willen dahin präzisiert, daß sie wegen eines solchen Bäckerverbotes von 22 Stunden, das die auf 7 Tage berechnete Arbeitsleistung auf 6 Tage zusammendrängen würde, auch nicht eine Minute ihres bereits errungenen 36stündigen Ankerlagers opfern können.

Wäre es den gelben Drahtziehern, die mit diesem Bäckerverbot den wöchentlichen Ruhetag verzerren wollen, wirklich ernstlich um eine Erleichterung des Arbeitsverhältnisses zu tun, so würden sie ein solches Bäckerverbot für eine volle Arbeitsschicht, d. h. von Sonntag morgens bis Montag abends, und dann für das ganze Reich verlangen. Das fällt ihnen aber nicht ein, sie verlangen lediglich etwas, was noch nicht einmal etwas Halbes genannt werden kann, das aber bewirken soll, daß die Gesellen, die bereits den 36stündigen Ruhetag haben, darum wieder betrogen werden. Das es ihnen aber nur darauf ankommt, im Auftrage ihrer Väter und Auftraggeber aus dem Meister- und Innungslager die Gesellen um ihre bisherigen Erfolge zu betrügen, haben sie dadurch bewiesen, daß sie jederzeit eine Petition an den Reichstag sandten, in der sie um strikte Ablehnung des Verlangens des Verbandes um gesetzliche Regelung des 36stündigen Ruhetages bitten, und in einer weiteren Petition die völlige Beseitigung des Koalitions- und Boykottrechts verlangten.

Von jedem ehrlichen Bäckergesellen wird deshalb auch die ganze gelbe Bewegung als ein infauster Verrat an den Interessen der Gesellen betrachtet und die Führer und Leiter dieser Bewegung werden auf das Schärfste verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Urbanisches aus Cöpenhagen. Die preußischen Junker sind nicht nur eingeschworene Feinde der Sozialdemokratie, sondern auch die Liberalen werden von ihnen und ihrem Droß nach der best beliebtesten Manier bekämpft. Dem Wiener Tageblatt wird aus dem östpreussischen Wahlkreise Opatowitz geschrieben: „Der Wahlkampf nimmt hier immer rohere Formen an. Es liegt dies hauptsächlich daran, daß die Konventionen eine ganz bestimmte Kohorte gebildet haben, lediglich zu dem Zweck, die national-liberalen Versammlungen zu föhren und durch Zerschmetterung und Kadavere die Redner am Sprechen zu hindern. Als kürzlich einige von diesen Leuten in Gregerdors bei Weidenburg aus dem Versammlungssaal verwiesen wurden, kam es zu wilden Szenen. Mit Steinen wurde an das Fenster geschlagen und auf alle mögliche Weise versucht, die zurückgebliebenen Zuhörer einzuschüchtern und zum Verlassen der Versammlung zu bewegen. Noch schlimmer kam es nach der Versammlung. Als der national-liberale Parteisekretär aus dem Dorfe Gregerdors hinausfuhr, da erwiderte ein Pfiff und bald darauf wurden das Gespann und seine Insassen mit Faustgroßen, scharfkantigen Steinen beworfen. . . . Erst als die in dieser Weise Bedrohten zu ihrer Verteidigung zwei Revolver auspackten, ließ der Steinregen nach und das Geschrei konnte ungehindert aufhören. Auch hier traten die konservativen Agitatoren, die schnell hinterher geläutert waren, in den Versammlungssaal ein und traten aber von dem Besten an der Tür zurückge-

wiesen. Der überfall in Gregerdors wurde der Staatsanwaltschaft angezeigt.“ Das sind die tüchtigsten Stützen von Thron und Altar!

Der Gendarm als Wahlkueher. In Marienfelde, im Wahlkreise Schlochau-Platow, Wehrkreise, sollte eine Versammlung mit dem bürgerlichen Reichstagskandidaten Harte als Redner stattfinden. Die Erschienenen warteten vergeblich auf den Patrioten Harte, er war telegraphisch nach seiner Heimat beordert worden. Kurz entschlossen ergriff der Gendarmertwachmeister Brandt aus Kreis Schlochau das Wort, um nach dem „Tageblatt für den Kreis Schlochau“ eine Reichsverbandrede loszulassen, in der er u. a. sagte: „Die sozialdemokratischen Agitatoren wenden Lug und Trug an, die Leute zu verführen. Die Religion verpöten sie und bezeichnen sie als Privatangelegenheit. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß sie das Volk verrohen, wie es in den Krawallen zu Moabit zutage trat, indem dort namentlich halbblühliche Burche die Kirche demollierten und sich alle möglichen Exzesse erlaubten. In Freigebiet wußten sich die Sozialdemokraten selbst hier aus dem Staube zu machen und sahen hinter Gardinen zu, wie die Verführten infolge ihrer Verhehlung leiden mußten. . . . Es ist genügend bekannt, zu welchem Reichtum es alle bringen, die aus der Vereinigung zehren. Brodowig-Danzig schleppt durch seine Agitation wenigstens 500 Mk., ja wohl noch mehr aus Br.-Friedland, schon dadurch, daß er sein Volksblatt „Die Volksmacht“ verbreitet. Was haben die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für den Arbeiter getan? — garnichts, denn selbst für die Fürsorgegesetze der Arbeiter haben sie nicht gestimmt. Ein begehrtes Hoch auf Seine Majestät unseren erhabenen Kaiser war die Befruchtung dieser wirkungslosen Rede.“ Gendarm Brandt hat schon seine politische Vergangenheit, Wiederholt machte er in sozialdemokratischen Versammlungen störende Bemerkungen, wofür man ihm natürlich regelmäßig gebührend über den Mund fuhr. Brandt löste sogar eine Versammlung „wegen — Majestätsbeleidigung“ auf, nachdem der sozialdemokratische Redner die Bemerkung Wilhelms II. von der gestürzten Kompostschiffel mit der Wirklichkeit verglichen hatte. Die Rede ist sehr interessant für das Studium der Psychologie eines preussischen Gendarmen, der oft als überwachender Verleüger über sozialdemokratische Reden schreiben muß.

Wieder eine Armutstragödie. Auf der Halbe zu Tode verbrannt ist in Rosdzin (Oberschlesien) eine dem Arbeiterstande angehörende etwa 50 Jahre alte Person mit blondem Vollbart, deren Personalleben bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnten. Als Freitag früh die Goldarbeiter auf ihrer Arbeitsstelle eintrafen, sahen sie unten einen glühenden Körper und machten kurze Zeit darauf die schreckliche Entdeckung. In der Nähe befand sich eine Kaffeekanne mit ein paar Brocken Brot. Vom Anzug war die untere Hälfte verbrannt, auch wies der tote starke Verbrennungen auf. Der Unfall ereignete sich in der Nähe der Haltestelle der Kleinbahn Wagnau. Es wird vermutet, daß der Unglückliche sich vor Kälte schütten wollte, wobei ihn das Schicksal ereilte. Krampfhaft lag bei einer solchen Mitteilung nicht das Herz jedes Menschenfreundes zusammen? Mühte da nicht jeder einzelne seine ganze Kraft einzusetzen und beitragen helfen, diese erbärmlichen Zustände zu beseitigen. Die gewerkschaftliche und politische Organisation ist dazu in der Lage, darum hinein in diese. Alle Arbeiter müssen Kämpfer für Menschenrechte und bessere Daseinsbedingungen werden.

Auf einem Gitter aufgespießt. Ein schweres Mißgeschick hat in Berlin einen jungen Mann betroffen, der seine Geliebte besucht hatte und sich über ein eisernes Gitter entfremden wollte. Der 23 Jahre alte Schlosser Ernst Czernanski hatte seine Braut besucht, die bei einem Gastwirt beschäftigt ist. Da das Mädchen keinen Hausschlüssel besaß, war der junge Mann gezwungen, aus der im Hochparterre gelegenen Wohnung durch das Fenster herauszuklettern. Hierbei glitt er aus und fiel so unglücklich auf ein vorspringendes Eisengitter, daß er buchstäblich aufgespießt wurde. Die Eingeweide drangen sofort heraus, und der Unglückliche schrie vor Schmerzen laut um Hilfe. Es nahen einige Schupkeute, die mit Hilfe mehrerer Fleischergesellen den Schwerverletzten vorsichtig von dem Gitter abhoben und ihn nach der Unfallstation in der Koppensstraße brachten. Von dort mußte er sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportiert werden, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Mißwirtschaft in einer „Christlichen“ Krankenkasse. In der Altneffen Ortskrankenkasse herrscht das Zentrum unumschränkt. Sowohl die Vertreter der Unternehmer als die der Arbeiter sind waschechte Zentrumsleute. Die Unternehmervertreter wählten nun in der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung in den Vorstand einen Apothekenbesitzer Walther aus Altneffen, der schon lange mit der Kasse in Geschäftsverbindung steht, die er natürlich aufrechterhält. Ist es nun schon ein sehr bedenklicher Zustand, daß ein Lieferant einer öffentlichen Institution zugleich sein eigener Auftraggeber ist — bei den Kommunen ist das bekanntlich durch Gesetz ausgeschlossen — so wird diese Tatsache noch bezeichnender dadurch, daß der Apothekenbesitzer 1910 sich bereit erklärte, der Kasse 1500 Mk. Schadenersatz zu zahlen und zugleich eine Erklärung abzugeben, in der er bekennt, wiederholt statt der verordneten Originalpräparate wesentlich billigere Ersatzmittel verbraucht zu haben, statt destillierten Wassers Leitungswasser verwendet, statt Olivenöls billigeres Sesamöl vermischt zu haben usw., natürlich alles unter Anrechnung der höheren Preise. Als diese Geschichte ruchbar wurde, traten Apothekerverein und Apothekerkammer für den Mann ein. Ein Strafverfahren endete mit Freisprechung. Und diesen Herrn wählen jetzt die „Christen“ als geeignetes Vorstandsmittelglied, der von ihm über den Vögel barbieren Krankenkasse. Man begreift, daß die Zentrumsleute solche Zustände mit dem Geschrei über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen verhüllen müssen.

Ein Liebesdrama am Telefon. Auf eine echt amerikanische Weise hat in Portland im Staate Oregon eine Frau Gnan Robinson ihren Liebhaber, den reichen Kaufmann Coctrell aus Chicago, von ihrem Selbstmordversuch in Kenntnis gesetzt. Seit längerer Zeit stand Frau Robinson zu Coctrell in näheren Beziehungen. Stets jedoch hatte der Liebhaber das sehnliche Verlangen der Dame, Frau Coctrell zu werden, als gelohnt. Auch am Sonntag morgen verließ die Frau Robinson am Telefon ihrem Herzenkönige wieder ihre tunigste Zuneigung und ihren dringenden Wunsch nach ehelicher Vereinigung mit ihm. Als alle heißen Liebeschwüre an dem nüchternen Kaufmann abprallten, machte Frau Robinson ihn darauf aufmerksam, daß er zuzuhören möge, was jetzt geschähe. Deutlich hörte der herzlose Liebhaber den Knall eines Revolvers. Er eilte sofort in die Wohnung der Frau Robinson und fand sie mit einem Schusse in der Brust neben dem Telefon am Boden liegen. Da die Ärzte hoffen, die Frau durchzubringen, wird der letzte Knalleffekt wohl eine Trauung sein.

Risiko der Arbeit. Im Kaiserl. Hauptstadt (Sachsen) sind sieben Mann von einem Maurergesellen in die Tiefe gestürzt. Drei davon sind tot, einer ist lebensgefährlich verletzt.

Einbahnkatastrophe in Nordamerika. Am Montag ereignete sich in der Nähe von Odeffa im Staate Minnesota

total ein Eisenbahnunglück. In dem Transkontinental-Expresszug der Chicago-Milwaukee-St.-Paul-Eisenbahn, der infolge eines Signals hielt, rannte der Nachzug hinein, wobei neun Personen getötet und viele schwer verletzt wurden.

Die Regenwürmer-Zubüffrie. In der Umgegend von Nottingham herrscht jetzt reges Leben, denn die Monate Dezember und Januar sind die Hochsaison der Regenwürmer. Die Stadt Nottingham liefert den Fischern in allen Gegenden Englands Regenwürmer, und gegen zweihundert Personen finden dabei jahraus jahrein ihr Auskommen. Die gesammelten Würmer werden gewöhnlich mit 2 Mark für das Tausend bezahlt, so daß freilich Geduld und Geschicklichkeit dazu gehört, um genug zum Leben zu verdienen. Den Sommer 1911 über hatten die Regenwürmerkammer von Nottingham, wie „Reynolds News“ berichtet, auch schwere Zeiten, aber jetzt ist die Not vorüber. Im Dezember und im Januar gelinat es manchem Sammler bisweilen, an einem Tage bis zu 10000 Würmer aufzuflesen.

Brut und Hungernot. Mit verschwenderischer Pracht und kolossalem Geldeaufwand hat das englische Königspaar bei Delhi in Indien, das bei der Gelegenheit auch an Stelle Kalkutta zur Residenzstadt Indiens ernannt wurde, sein Krönungsklager abgehalten. Es galt, dem indischen Volke zu imponieren und die herrschende Klasse Englands reichlich vergnügt die Hände über den gelungenen Anfall der Zeremonie, die den Indiern ihre gänzliche Nichtigkeit beweisen sollte. Am Tage nach der Proklamation kamen, so berichten die englischen Blätter, die Leute zu Tausenden, um den leeren goldenen Thronen des Kaisers und der Kaiserin von Indien ihre Ehrfurcht zu beweisen. Sie verbeugten sich tief vor den Sesseln der göttlichen Herrscher, küßten die Marmorstufen oder wählten sich vor dem Höhenbilde wie die Würmer im Staube. Und nun die Rehrseite der Medaille. Genosse Hyndman, der als einer der besten Kenner der englischen Herrschaft in Indien gilt, schreibt darüber in einem Briefe, der in der „Times“ erschienen ist. Es muß vorausgeschickt werden, daß der Kaiser in seiner Proklamation ganze 300000 Pfund Sterling (800000000 Mk.) für die Volkszerlegung in Indien versprochen hat. Hyndman schreibt: „Ich bemerke, daß die von dem König-Kaiser zu Reih proklamierte Politik fast allgemein glänzige Aufnahme gefunden hat. Sie haben mir nun schon seit mehr als einer ganzen Generation gestattet, die Schattenseiten unserer Herrschaft in Indien darzutun. Sie werden es mir daher vielleicht auch erlauben, darauf hinzuweisen, daß nur eine jämmerliche Summe von etwa 300000 Pfund Sterling für die Erziehung von 224000000 Menschen neben den elenden Beträgen, die bis jetzt für diesen Zweck ausgeworfen wurden, bestimmt ist, obwohl wenigstens 1200000 Pfund Sterling (24 Millionen Mark) für diesen prunkhaften Durbar (Festlager) der Fürsten und Beamten ausgegeben worden ist und obwohl die Kosten der Erziehung neuer öffentlicher Gebäude in der Hauptstadt Delhi auf 4000000 Pfund Sterling (8000000000 Mark) und mehr geschätzt werden. In diesem selben Jahre ist fast die Hälfte Indiens nur wie durch ein Wunder einer schrecklichen Hungernot entronnen und augenblicklich beschäftigt man sich mit dem entsetzlichen Elend, das in weiten Teilen des Landes herrscht. Zudem wird in diesem selben Jahre das arme Indien dem reichen England wenigstens 30000000 Pfund Sterling (600 Millionen Mark) bezahlen, ohne eine kommerzielle Gegenleistung dafür zu erhalten. Und Hindostan soll entzückt sein!“

Aus Krisenzeiten.

Ich habe die Straßen durchwandert
Nach Arbeit von Licht zu Licht.
Man schüttelte allwärts die Köpfe
Und sagte immer: „Noch nicht!“

Ich ließ es mich nimmer verdrießen,
Sina Wochen und Monde umher,
Und hoffte, daß irgendwo schließlich
Doch Arbeit und Brot für mich wär’.

Und als ich dann Arbeit gefunden
Und faum eine Woche geschafft,
Da sank ich todkrank aufs Lager,
Da war erschöpft meine Kraft.

Wie wird sich ein anderer nun freuen,
Der frei meine Stelle entdeckt!
Wie wird er das Schicksal preisen,
Das mich zu Boden gestreckt!

A. Glinger
im „Grundstein“.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 19. Dezbr.
Auftrieb 7400 Schweine. Handel langsam. Aberstand — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 57.— bis 58.— (45,50 bis 46,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 55.— bis 56,00 (44.— bis 45,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 55.— bis 56,00 (42,50 bis 45.— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 54,00 bis 56,00 (42,00 bis 45,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 46.— bis 54,00 (35,00 bis 41.—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 52.— bis 53,00 (41,50 bis 42,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45,00 bis 50,00 (35,00 bis 39,50) Mk.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:
Von Arbeitern auf der Kochschen
Wert auf Liste 42 16,70 Mk.
Von den organisierten Böttchern,
2. Rate 20,—
Überschuß der „Gleichheit“ 200,—
Gesammelt auf der Kinderbescherung
in Schlutup 7,77
Zinsen vom Sparklub N. N. B. B. 2,—
G. u. J. 50,—
F. R. 5,—

Das Parteisekretariat.

Für die ausgeperrten Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen gingen ein:
Vom Verband der Maschinisten und
Feiler 20,— Mk.
Von Metallarbeitern durch C. Schulz 30,50
bereits quittiert 1048,35

Summa 1098,85 Mk.

Die Kartellkommission.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böhmig.
Verleger: E. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Conrad Tack & Cie.

Schuhwarenfabrik BURG bei Magdeburg. ☐ 130 Verkaufsstellen.

Condor-Schuhwaren die begehrtesten Präsente!

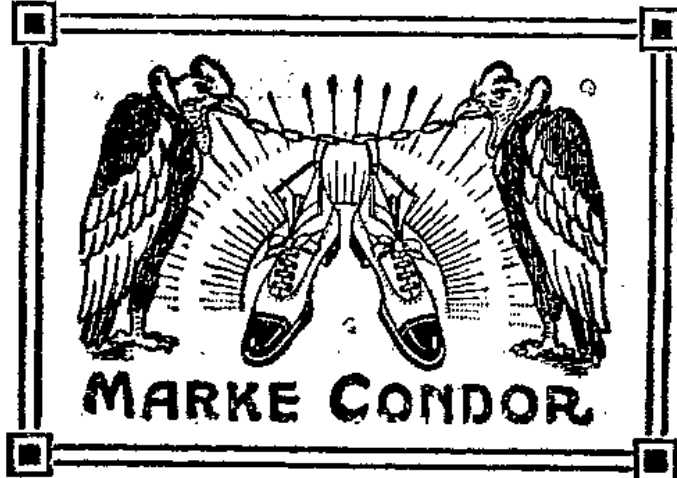
Seit Jahrzehnten erprobte Qualitäten. Neueste Modelformen. Ueberraschend billige Preise.

Für Damen

- fein Chromleder-Schnürstiefel, Lackkappen, moderne breite Form . . . 6⁵⁰
- fein Chromleder-Schnürstiefel, Lackkappen, Derbyschnitt, amerik. Form . . . 7⁵⁰
- fein Boxkalf- od. Chevreau-Schnürstiefel Lackkappen, elegante Modelformen 10⁵⁰
- Unser „Original-Goodyear-Welt“-Fabrikat in Boxkalf, Lack oder Chevreau, in den neuesten Charakterformen 18.50, 16.50, 14.50 12⁵⁰
- Damen-Chromleder-Schnallenstiefel breite bequeme Form, warm gefüttert . . . 6⁰⁰
- Filz-Schnürstiefel mit Rindlackbesatz — breite Form, für ältere Damen 6⁰⁰
- Filz-Schnürstiefel mit Lederbesatz, in äußerst bequemen Fassons, für den Straßengebrauch 4.85 3⁸⁵
- Filz- und Leder-Hausschuhe sowie Pantoffel.
- Tanz- und Gesellschafts-Schuhe entzückende Neuheiten!

Kamelhaar-Schuhe, Stiefel u. Pantoffel

in grosser Auswahl besonders preiswert!



Mädchen- und Knabenstiefel

fein Boxleder, moderne bequeme Formen

Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35

4³⁰ 4⁶⁰ 4⁹⁰ 5³⁰ 5⁷⁰

la. Boxleder, mit Sealskinfutter

5⁰⁰ 5³⁰ 6⁰⁰ 6⁵⁰ 7⁰⁰

Kinder-Schnürstiefel Ziegenleder

Gr. 18-21 1³⁵ 22-24 1⁹⁵ 25-26 2⁴⁵

Für Herren

- Schnürstiefel, Chromleder, mit Lackkapp. elegante Form, extra preiswert 7⁵⁰
- Schnürstiefel, echt Boxkalf, mod. breite Form oder fein Chevreau, Lackkappen, elegante schlanke Form 10⁵⁰
- Zugstiefel zur Uniform, tadellos sitzend Boxleder 7⁵⁰ Boxkalf 10⁸⁰ ff. Chevreau 12⁵⁰
- Unser „Original-Goodyear-Welt“-Fabrikat in Boxkalf, Chevreau, Lack, feinste Ausstattung . . 18.50 16.50 14.50 12⁵⁰

Unsere Spezialität:

Condor-Patent Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren!

Der bequemste, dabei eleganteste Herrenstiefel

16⁵⁰ 14⁵⁰ 12⁵⁰ 10⁹⁰

Gummi-Schuhe

erstklassige Marken — für Herren, Damen und Kinder in allen Preislagen!

Unsere beliebten Kalender gelangen zur Verteilung!

Conrad Tack & Cie., G. m. b. H.

Verkaufsstelle Lübeck: Breite Straße 47.

Komitee- und Kommissionssitzungen

6. Distrikt.

Donnerstag, den 21. Dezember abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Am Sonntag, dem 24. Dezember morgens 7 1/2 Uhr bei Breede, Kronsförder Allee.

Danksagung.

Allen denen, die unserem Vater Friedrich Roß die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, unsern besten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen Heinrich Meyer u. Frau geb. Roß.

Lübeck, den 20. Dezember 1911.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sowie Herrn Pastor Bernhardt für die trostreichen Worte am Sarge und dem Staats- und Gemeindearbeiter-Verband sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Frau Rabien nebst Kinder.
Lübeck, Dezember 1911.

Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zwei-Zimmer-Wohnungen zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 88, pt.

Zu verm. zum 1. April abgeschl. Etage, 3 Zimmer, Küche, Keller, Stall mit Boden.
C. Junker, Vorwerk, Dorfstr. 17.

Eine Wohnung

gesucht zum 1. April. Angeb. mit Preis unter W S an die Exped.

Gesucht zum 1. April Zwei- od. Drei-Zimmerwohnung im Preise bis 240 Mk. vorm Gärtentor. Ang. unter P G an die Exped. d. Bl.

Gesucht 3000 Mark guter Mittelposten in ein Haus der Fischergrube. Off. u. M E an die Exp. d. Bl.

1 Sofa mit Wollettbezug, 4 Stühle mit Leder, und 1 Nähtisch billig zu verkaufen. Dantwartstraße 90.

Arbeiterinnen

gesucht.

August Schuhmacher
Ernestinenstraße 3.

Größerer Puppenwagen

zu kaufen gesucht. Angebote unter C J an die Expedition dieses Bl.

Zwei prachtvolle Spiegel

äußerst billig zu verkaufen.
G. Koch, Mühlentstraße 5.

1 Zither, 5 Obstkörbe

für Schaufenster zu verkaufen.
Engelkwich 29, I.

Ein guterhaltenes Sofa

(wegen Abreise) billig zu verkaufen.
Näheres Fleischhauerstr. 90.

Fast neue Meuschenauer Zither zu verkaufen. Preis 6 Mk. Zu bes. sehen nach 5 Uhr abends.
Breite Straße 83, III.

Ein Motorwagen für Knaben zu verkaufen. Glockengießerstr. 85, II.

Puppenwagen, Vertiko, Franerhut, Küchenbüfett billig zu verkaufen
Segebergstraße 81, part.

Sprechapparat

14 Stücke spielend, für 4 Mk. zu verkaufen. Pelzerstr. 19a, v.

Ein Teschin, 9 mm, billig zu verkaufen
Feldstraße 2, II, links.

1 Boa u. 1 Paar Damen-Lackschuhe billig zu verkaufen
Johannisstraße 24.

Junge Kanarienhähne, gutsing., St. S., zu verkaufen.
Friedenstraße 64, I.

10 junge Leggehühner, preiswert zu verkaufen.
Weiter Lohberg 13-15.

Sarz. Kanarienhähne u. Weibch. und eine Laterna magica mit 32 Bildern billig zu verkaufen.
Gloxinstraße 82-84, part. links.

P. Johannsen, Fleischhauerstr. 31

Fernsprecher 1224

Konditorei, Marzipan- u. Honigkuchen-Fabrik m. elektr. Betrieb

Empfehle einem geehrten Publikum von Lübeck u. Umgegend meine

Weihnachts-Ausstellung

in Marzipantorten, Baumkondekt, braunen u. weißen Kuchen, sowie alle Sorten Pfeffernüsse in feinsten Qualität.

Empfehle zum Weihnachtsfeste:

Zigarren, Zigaretten und Rauchtabelle.

H. Hacker, Waisenhofstraße 33.

Von Pol zu Pol

von Sven Hedin

ist wieder vorrätig. Preis 3 Mark.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

1500 Mk. sofort oder später in sichere Hypothek zu belegen. Angebote unter S U an die Exped. d. Bl.

Saarischeiden

20 Pfg., Kinder 10 und 15 Pfg. Kästchen 10 Pfg.

Carl Richter, An der Mauer 92.

Visitkarten

liefert

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:



Adolf Hübner

Uhrmacher

13 Fünfhausen 13

empfiehlt sein reich. Lager all. Art. Uhren, Gold- u. Silberw. zu pass. Festgeschenken. Gebe rote Rabattmarken.

Täglich frisches Brot

von der

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei sowie sämtl. Backwaren, Pfeffernüsse, braune Kuchen, Kuchen auf Bestellung empfiehlt

H. Staab, Friedenstr. 49.

Rauchfleischstücke

ger. Schweinsköpfe

Kasseler Rippespeer

mild gesalzen, vorzüglich geräuchert in großer Auswahl

Emil Aland

Wilh. Schmidt Nachf. Mengstrasse. Aufschnitt. — Wurstwaren.

Empfehle prattische

Weihnachtsgehente.

Ein gr. Posten Pfeiler- und Trumeaupiegel, nutz. Buffet, Vertikos, Kleiderschränke und div. Kleinmöbel.

Wegen Aufgabe des Ladens 20-30% Rabatt.

6 Wickedestraße 6.

Zigarren

in Weihnachts-Präzentschinken, erstklassige Qualität.

Empfehle besonders:

„Felix Brasil“

in 5-, 6-, 7-, 8- u. 10-Pf. Preislage.

Ernst Voß, Gr. Burgstr. 59. Fernruf 410.

Schreiber, Dentist.
Sandstraße 4, I.

Zähne und ganze Gebisse in Aluminium sind der Gesundheit viel zuträglicher wie Kautschuk, liefern auch in Gold, Kautschuk etc. Wombieren hohler Zähne mit Nervbehandlung in einer Sitzung. Neuestes Verfahren. Krauentassen-Behandlung.

Den köstlichsten

Wohlgeschmack bei jedem Gebäck gibt der Vanillezucker, welcher stets frisch verrieben in der Kaiser-Drogerie Ferd. Kayser, Breite Straße 81, zu haben.



Meyer's Kaffee
Beste Qualitätsmarke
Nur zu haben bei:

- Lübeck, Stadt:**
H. Beckmann, Engelsgrube 51, T. 1700.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8, T. 249.
Ernst Henk, Mühlenstr. 50, T. 1587.
Wilh. Kalm, Joh.: Wilh. John, Schüsselbuden 5, Teleph. 1154.
Löhmann & Co., Kurze Königstraße 127, Teleph. 272.
Gust. Magaard, Nohannisstraße 13, Teleph. 1929.
Eduard Speck, Hüxstr. 50, T. 595.
Carl Friedr. Timm, Glockengießerstraße 16, Telephon 2414.
Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11, Teleph. 567.
Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59, T. 410.
Ad. Wichmann, Beckergrube 54, T. 325.
- Burgtor:**
Carl Hudofsky, Marktstr. 44, T. 1761.
Fedder J. Behm, Sühovstraße 13.
Ludw. Welcher, Joh. Johs. Elvers, Lange Reihe 2a, Teleph. 528.
- Hüxtertor:**
Rud. Brincker, Hüxtertor-Allee 5, Teleph. 360.
O. Kreuzfeldt, Traveltmannstr. 21, Teleph. 9045.
Ernst Lüh Nachf., Spillerr. 5, T. 499.
Carl Piper, Blücherstr. 23, T. 5955.
- Mühlentor:**
Gehr. Begasse, Hölendstr. 7, T. 491.
W. Giesfeldt, Friederichstr. 1, T. 2241.
Max Petersen, Hagedor-Allee 40, T. 824.
- Holstentor:**
Fedder J. Behm, Sandstraße 97.
Ad. Danielsens, Heide-Allee 26, T. 1810.
Bernh. Grube, Radem-Allee 25, T. 2264.
Johs. Schwang, Schwartauer Allee 5, Teleph. 1866.
Otto Bänck, Friedenstr. 76.
Carl Frost Nachf., Hagedorburger Allee 55, Teleph. 1600.
Johs. Schröder, Hagedorstr. 11.
- Paulsberg, Fackenberg, T. 2018.**
Aug. Lembcke, Gießerbrück, T. 2215.
Paul Draguhn, Schwarzen, T. 1789.
J. U. Kröger, Travemünde, Logg. 1, Tel. 1. Kaiser-Allee 5a, Tel. 48.
J. U. Kröger, Niendorf a. O., T. 16.
J. Hahn, Pansdorf.
K. Barkmann, Schlutup.
P. Marquardsen, Schlutup.
P. Erelsenberg, Selmsdorf.
H. Deppen Nachf., Bassow.
Heinr. Prange, Zarnsee.

1 1/2 Millionen Original Frister & Rossmann Nähmaschinen

sind im Gebrauch und beweisen täglich aufs neue die unübertroffene Leistungsfähigkeit dieses deutschen Fabrikats. Nur zu beziehen durch die Fabrik-Niederlage von

Gustav Kath
Sandstrasse 14, im Flügel.
Lieferung aller Systeme für Haus und Gewerbe gegen bequeme Teilzahlung.



Kostenloser Unterricht im Nähen, Stopfen, Stricken



Vom Weihnachtsmann

möge jeder recht reichlich bedacht werden. Unsern Hausfrauen aber möge er je 1 Pfund der feinsten Margarine-Marken bringen, nämlich

Rheinperle
-Margarine, das Beste vom Besten.

Solo
-Margarine, der altbewährte feine Butter-Ersatz.

Cocosa
feinste Pflanzen-Butter-Margarine.

Im Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger als diese. — Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Holl. Marg.-Werke Jürgens & Pfrzen
G. m. b. H. Goch.

Rheinperle Solo Cocosa

statt **Butter** das beste!

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtung
Selbstgefertigte Arbeit
Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorräthig
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen
: Teilzahlung gestattet
Bei Barzahlung Rabatt
Gebe rote Lubeca-Rabattmarke

Zum Backen

- Weizenmehl . . . Pfd. 16, 18 u.
- Margarine . . . Pfd. 60, 70 u.
- Schmalz . . . Pfd. 65, in Blafen
- Pflanzenbutter, lose . . . Pfd.
- Mandel, süße, Pfd. 120 u. 1
- Saffran . . . Pfd.
- Orange . . . Pfd.
- Auflauf . . . Pfd.
- 10 Stangen Vanille . . . Pfd.
- Backpulver . . . Pfd. 5, 10 Pfd.
- Vanillezucker . . . Pfd. 5, 10 Pfd.
- Rosen- u. Zitronen-Öl . . . Pfd.
- Zitronen . . . Stück 5, 6 Stück
- Korinthen . . . Pfd. 60, 11 Pfd.
- 8 Eier . . . Pfd.
- Gewürze, gut und frisch.

Eduard Speck
Hüxstraße 80 u. 82.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Am Sonntag, dem 24. Dez. sind unsere sämtlichen Warenabteilungen
gestern
nachmittags v. 12-5
geöffnet
dagegen an den beiden Festtagen geschlossen. Indem wir hiermit bekannt machen, bitten unsere geehrten Mitglieder, sich ihren Einkäufen hiernach zu richten.
Der Vorstand

Achtung! Zimmereinrichtung

Die Mitgliederversammlung Donnerstag, dem 21. Dezember findet umständelicher nicht statt.
Der Vorstand
Restaur. Zum Pferdewagen
Johannisstraße 5.
Während der Domzeit Musik-Unterhaltung
F. Leck

Zentral-Halle

Dankwartstraße 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Sämtl. Weine u. Spirituosen
kauft man anerkannt preiswert und gut bei
Albert Koch, Obertrave 10. Fernruf 419.
Rote Lubeca-Marken oder 4 Proz. in bar.

Achtung!

Gef. Aufträge für das am Sonntag und Dienstag zu liefernde Bier in den beliebigen Bierflaschen-Automaten, à 5 und 10 Liter Inhalt (unter Kapselverschluss), erbiten recht frühzeitig.
Bierverlags-Gesellschaft, Mengstraße 4.
Fernruf 802.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 21. Dez. 7 Uhr.
Boll-Ab. 8. Donnerstag-Ab. 14.
Zum 1. Male. Neu!
Der Rosenkavalier.
Komödie für Musik v. Rich. Strauß.
Freitag, 22. Dezbr. 7 1/2 Uhr.
Boll-Ab. 84. Freitag-Ab. 14.
Neu einstudiert!
Fräulein Josette — meine Frau.
Quintette von Capauts u. Charvay.
In Vorbereitung! Neu!
Der Rodelzeiger.
Operette von Josef Sngar.

Empfehle
Zigarren u. Zigaretten
in verschiedenen Präsentpackungen. Beste Qualität.
M. Förster, Hüxstrasse 38.
Jeder Käufer erhält ein passendes Weihnachtsgeschenk.

Russische „Fürsorge“ in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Während der Verhandlungen über die „finnischen Gesetzesvorlagen“ in der russischen Staatsduma schlugen die Schtrassen wiederum die alte Feler an, Finnland lebe von der Gnade Russlands und der russischen Zaren, alle staatlichen Ausgaben für Finnland würden von Russland geleistet, und wenn es in Finnland überhaupt eine Art Kultur gebe, so nur, weil dieses Land sich des kostbaren Schutzes und der großmütigen Fürsorge Russlands erfreue. Wie sich nun die Sache in Wirklichkeit verhält, geht wieder einmal aus der Behandlung des finnischen Etats seitens des „Säbelianats“ hervor, der bekanntlich aus russischen Offizieren zusammengefasst ist.

Der finnische Staatshaushalt hat zweierlei Einkünfte: feste, die der Bewilligung der Volksvertretung nicht mehr bedürfen, und unregelmäßige, welche die Volksvertretung laut Verfassung ausfindig zu machen hat, wenn die festen oder ordnungsmäßigen Einnahmen nicht ausreichen. Die Volksvertretung geht von dem Standpunkt aus, daß sämtliche Einkünfte „zum Besten des Landes innerhalb der Grenzen Finnlands“ Verwendung finden sollen, und daß außerordentliche oder sog. „Bewilligungssteuern“ nicht ausreichen. Um aber festzusetzen, ob die ordnungsmäßigen Einkünfte ausreichen oder nicht, beanprucht die Volksvertretung eine weitgehende Kontrolle über den Staatshaushalt. Der Senat und die russische Regierung sind anderer Meinung. Sie wollen, daß die Volksvertretung über die festen Einnahmen der Staatskasse nichts zu sagen habe, und daß der Zar durch seine Regierung — den Senat — über diese Mittel das alleinige Verfügungsrecht besitze. Deshalb teilte der Senat bezüglich des Budgets für 1912 der Volksvertretung mit, daß eine Reihe der wichtigsten kulturellen Ausgaben aus diesen Mitteln nicht bestritten werden würde, und daß der Landtag frühzeitig andere Quellen ausfindig machen, d. h. neue Steuern bewilligen möge. Die Summe, welche derart ungedeckt blieb, belief sich auf 14,7 Mill. fin. Mark.

Der finnische Landtag kam bei der Erörterung dieser Frage zu einem anderen Resultat. Die bürgerliche Mehrheit fand sich zwar bereit, der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten und die vollkommen ungezüglichen 13 Millionen der Militärkontribution von den übrigen Ausgaben nicht zu streichen. Aber auch dann fand die Volksvertretung nur einen Fehlbetrag von 5,8 Mill. fin. Mark, und bewilligte nur in dieser Höhe die sogenannten Bewilligungssteuern. Indessen denkt die Regierung garnicht, den Etat so zu nehmen, wie die Volksvertretung ihn bewilligt hat, sondern hält an ihrer eigenen Auffassung fest. Somit kommt nun das Land in die Lage, die wichtigsten Kulturausgaben aus dem Etat gestrichen zu sehen, was der Unterbindung der ernstesten Lebensinteressen eines Kulturvolkes gleichkommt.

Die wichtigsten dieser Ausgabeposten, für welche der Senat keine Mittel zu haben behauptet, und die daher für 1912 in Wegfall kommen sollen, sind: 702 000 Mk. Ausgaben des Landtages; 110 000 Mk. Staatssubsidie an die Gemeinden zum Unterhalt der Gemeinderäte; 400 000 Mk. zur Bekämpfung der Tuberkulose; 90 500 Mk. zur Unterstützung verschiedener Theater; 200 000 Mk. zur Förderung der Musik; 50 000 Mk. zur Förderung der finnischen Literatur;

161 250 Mk. für die Gründung und den Unterhalt von Seemannsschulen, 572 000 zur Erbauung von Volkssanatorien etc.

Ein flüchtiger Blick auf diese Zahlen lehrt uns, welcher Art die russische „Gnade“ ist, von der die finnische Kultur angeblich lebt. Die Lage ist derart, daß z. B. die Leitung des Volkstheaters in Helsingfors sich bereits veranlaßt gesehen hat, die Engagements des Personals zu kündigen, da das Theater ohne staatliche Unterstützung nicht bestehen kann. Indessen sind die Millionen der Militärkontribution, die guten Gehälter der Senatoren, Polizisten etc., und die hohen Pensionen ehemaliger „treuer Diener“ der Zarenregierung vollkommen gesichert. Diese „Kulturausgaben“ werden nicht nur prompt ausgezahlt, sondern der Generalgouverneur läßt fast täglich neue Polizeibeamtenstellen usw. mit guten Gehältern kreieren. Dazu ist Geld vorhanden.

Ein Hymnus auf die Internationalität.

Wenn Arbeiter sich international verständigen, um gemeinsam der verwüstenden, schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft entgegenzutreten, Arbeiterschutzgesetze zu veranlassen, die Arbeitsbedingungen vernunftgemäß zu regeln, dann produziert das Unternehmertum große Quantitäten sittlicher Entrüstung, dann sind internationale Bestrebungen verbrecherisch, staatsgefährlich. Und wenn das Volk hüben und drüben für den Volkstrieden und gegen verbrecherische Kriegshäheren demonstriert, dann geraten die „Nationalisten“ erst recht aus dem Häuschen, dann fabulieren sie von landesverräterischen Umtrieben der internationalen Sozialdemokratie. Ganz anders tönt die Melodie, wenn Erbkämpfer des Nationalismus, Todfeinde der internationalen Sozialdemokratie, die internationale Verbrüderung des Kapitals — besingen. Dann wird zur Tugend, was bei den Arbeitern ein todeswürdiges Verbrechen sein soll. Hören wir, was Unternehmer über den goldenen Internationalismus sagen. In dem letzten Jahresbericht der „fortschrittlich-liberalen“ Berliner Kaufmannschaft liest man darüber folgende bemerkenswerten Darlegungen:

„Im vorigen Jahresbericht hatten wir auf eine steigende Internationalisierung des Kartellgedankens hingewiesen. Im Berichtsjahre konnte diese Bewegung weiter beobachtet werden. Zu einem nicht geringen Teil läßt sich diese Erscheinung zurückführen auf die immer mehr fortschreitende Internationalisierung des Kapitals und die durch sie bedingte Interessensolidarität, die z. B. besonders stark in der Blei- und Zinkbranche zutage tritt. Immerhin ist die Zahl der internationalen Kartelle verhältnismäßig geringer geblieben, als nach der raschen Entwicklung, die das Kartellwesen überhaupt genommen hat, hätte angenommen werden müssen. Allerdings finden sich gerade in den größten Industriegruppen Anlässe von über die Landesgrenzen hinausgreifenden wirtschaftlichen Organisationen, so das Schienenkartell und der Schiffstrukt; aber auch in der Elektrizitätsindustrie, in der chemischen Industrie, in der Spinnerei und Weberei sowie in anderen Erwerbszweigen sind verschiedentlich Veruche gemacht worden, die auf eine internationale Vertretung der Absatzgebiete oder auf eine internationale Regelung der Produktion und Preishöhe abzielen. Zu bestehenden internationalen Kartellen, wie der internationalen Bleihüttenkonvention, dem Trägerabkommen, dem Verband europäischer Emailwerke, der Drahtkonvention, den internationalen Glaskartellen, sind im Berichtsjahre neue hinzugekommen. So kam eine Preiskonvention der deutschen Zinoleumwerke mit dem Auslande und eine Chromosofartenkonvention, die ganz Europa, mit Ausnahme von Frankreich und England, umfaßt, desgleichen eine Konven-

tion der europäischen Karbidfabriken zustande. In der Textilindustrie wurde ein Kartell zwischen österreichischen und deutschen Kramattenindustriellen geschlossen, ferner kam ein internationales Samtindustrieabkommen auf fünf Jahre mit Wirkung ab 1. Januar 1911 zustande, dem sämtliche französischen und deutschen Fabriken der Branche angehören. Durch die National Silk Threading Co. in Amerika, der die Firma M. Glavel und Frh. Lindemeier in Basel sowie die Elberfelder Schwarzstrangfärberei G. A. Langenfeld und P. Lohse in Elberfeld-Sonnborn beigetreten sind, und durch die Seidenfärberei Gilet u. Fils in Lyon wurde ferner ein internationales Seidenfärbereiabkommen geschaffen. Verhandlungen zur Gründung schwedischer hinsichtlich einer Salpeterkonvention und eines internationalen Erztraktates. Tagungen löst sich nach dem Zusammenbruch des deutschen Gas- und Siederohr Syndikats auch das internationale Kohlenkartell auf.“

Kein Wort der Entrüstung, o nein! Diese Internationalität dient ja der organisierten Profitmacherei, der gemeinsamen Blünderung der Konsumenten im In- und Auslande. Das ist kapitalistisch hochmoralisch, das ist eine verdienstvolle Internationalität! Aber eine Internationalität, die Menschen sich erstrebt, kapitalistische Verbrechen zu verhindern sucht, pfui, die ist in den Augen der nationalen Profitmacher gemein, unanständig, wird als scheußliches Verbrechen gebrandmarkt. Aus dieser kapitalistischen Moral heraus versteht es sich auch von selbst, daß die Nationalheiligen, die sonst für Streikbrecher eine glühende Liebe befanden, für Kartellstreikbrecher gar keine Sympathie aufzubringen vermögen. Eine elegische Stimmung verrät folgende Auslassung im Bericht der Kaufmannschaft:

„Auch internationale Kartelle haben es erfahren müssen, daß durch sie das Emporkommen der Arbeiter befördert begünstigt werden kann. Dies widerfuhr im Berichtsjahre dem verhältnismäßig stark organisierten internationalen Schienenkartell. Die Organisation eines außerhalb des Kartells stehenden Landes, der belgische Stahlwerkverband, wurde mit Bestellungen in Eisenbahnmateriale, weitestenteils aus überseeischen Ländern, und zwar zu guten Preisen begünstigt. Ein gleicher Vorgang wird von Russland berichtet, dessen Eisenindustrie durch geringe Unterbietung der Preise in die Lage gekommen ist, nicht nur in alte englische Absatzgebiete, sondern sogar in England selbst einzubringen. Sogar Staaten mit junger Eisenindustrie, wie Japan und Italien haben sich nicht ohne Erfolg am Wettbewerb beteiligt.“

Warum begeistert man sich hier nicht für die — Streikbrecher? Hier sind sie ein Hindernis für die Profitmacherei, für die Ausbeutung der Konsumenten, Streikbrecher aber, die ihren Klassengenossen in den Rücken fallen, fördern die Profitmacherei, deshalb gelten sie auch als Edelknaben, während man die Kartellstreikbrecher am liebsten durch ein — Zuchthausgesetz unschädlich machen möchte.

Kommunales.

Die Gemeinderatswahlen in Württemberg. Noch sind die Gemeinderatswahlen in Württemberg nicht beendet; sie dauern fort bis zum Schluß dieses Monats. Aber schon im Hinblick auf die aus der ersten Monatshälfte vorliegenden Ergebnisse läßt sich im allgemeinen ein starkes Fortschreiten der Sozialdemokratie feststellen, das sich über das ganze Land erstreckt. Vereinzelt sind allerdings auch Enttäuschungen und direkte Mißerfolge zu verzeichnen. Im ganzen sind bis jetzt in 70 Orten etwa 110 sozialdemokratische Gemeinderäte gewählt. Gewiß ist jetzt schon, daß mehr als 50 Sitze neu erobert worden sind. Ein auffällender Zug der diesjährigen Wahlen ist die überaus starke Wahlbeteiligung, die ihren Grund hat im Vordringen der Sozialdemokratie. In den Städten, in denen die Sozialdemokratie Aussicht auf Erfolg hat, wird jetzt eine Wahlbeteiligung von 90 Prozent und darüber erzielt, während vor 10 Jahren mehr als 50 Prozent noch zu den Seltenheiten gehörten. Auch

John Wells.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

1. Fortsetzung.)

„Schleht auch auf den Fleck,“ sagte der Fremde, „guten Abend, Mam.“

„Kommt Ihr weit her?“ fragte Wells.

„Texas.“

„Texas? — hell!“ sprach Wells, den Fremden erstaunt betrachtend, „muß famos Jagd da sein.“

„Ausgezeichnet,“ entgegnete der Fremde, indem er ohne weitere Umstände am Feuer Platz nahm, seine wollenen Reitgamaschen (zwei braune Streifen Wolldecke) von dem unterm Teil der Beine band und zum Trocknen an den Kamin hing.

Es war ein schlanker stattlicher Mann von vielleicht acht- unddreißig bis vierzig Jahren, aber mit weitergebräunten, etwas dunkeln Zügen und einer breiten Narbe über der linken Wange, die sein Gesicht indessen mehr zierte als entstellte. Außerdem ging er in der gewöhnlichen Tracht der Dakwoods, einem wollenen dunkelblauen Jagdhemd, welches nach seinem besondern Geschmack mit Orangefransen verziert war, trug aber keine Moccasins, sondern derbe, rindslederne Schuhe und am linken Fuß einen großen mexikanischen Sporn mit etwa zweizölligem Nabel und einem Stückchen Metall daran, damit es beim Gehen und Reiten einen klingenden Laut gäbe.

„Viel Bären da?“ fragte Wells nach einer Pause, in der er den Fremden aufmerksam betrachtet hatte, ohne daß dieser weiter große Notiz von ihm selber nahm.

„Bemerklich viel an manchen Stellen,“ sagte der Fremde, seinen Sporn abschnallend und auf den Kamin Sims legend, „werden aber auch schon dünn.“

„Ja, wohl wie überall!“ seufzte Wells; „s gibt zu viel Vieh im Wald, das Wild hat nirgends mehr Ruh' vor dem ewigen Gebimmel.“

„Und jede Meile eine Fenz!“ brummte hierauf der Fremde.

„Das weiß Gott!“ stimmte der Jäger ein; „wär' ich ein Bär, ich wanderte auch aus. — Wie ist's mit den Indianern in Texas?“

„Ach, soviel für die Kottfelle!“ verlegte der Fremde, den Kopf verächtlich auf die Schulter werfend; „wer fragt nach denen?“

„Im — ja — braucht nicht viel nach ihnen zu fragen.“

Aber wo's ihrer viele gibt, treiben sie das Wild vor sich her und aus der range.“

„Bleibt noch genug übrig — können's nicht totmachen,“ lautete die ermutigende Antwort.

„Wollte schon lange einmal nach Texas hinüber,“ sagte Wells endlich wieder, nachdem beide Männer eine lange Zeit mit ihren eigenen Gedanken beschäftigt in die Flamme gesehen hatten; „bin nur immer noch nicht dazu gekommen. Wie ist's mit dem Land?“

„Für unsereinen gut,“ meinte der Fremde. „Eine Menge Militärgelände und niemand weiß, wenn's gehört. Wer sich drauf setzt, hat's.“

„Und gutes Land?“

„Vortrefflich.“

„Gute Pferdezuucht?“ fragte Wells wieder nach einer langen Pause. Der Fremde warf einen flüchtigen, aber scharfen Blick nach ihm hinüber, schwieg einen Augenblick und sagte dann ruhig:

„Man könnte sich's nicht besser wünschen.“

„Ihr werdet hungrig sein,“ mischte sich die Frau jetzt in das etwas einsilbig geführte Gespräch, indem sie ihr Rad in die Ecke schob, die große blecherne Kaffeekanne vom Brett nahm und sie aus dem dicht vor der Tür stehenden Eimer füllte, in dem ein Flaschenkürbis als Schöpfer lag. „Du könntest noch ein paar Stecken Holz hereinholen, John, daß wir Kohlen kriegen zum Brotbacken.“

Wells stand auf, ging vor die Tür und kam mit drei mächtigen Stücken Hirschholz zurück, die er langsam auf den Boden gleiten ließ und dann kunstgerecht in den Kamin legte, damit sie nicht allein Blut geben, sondern auch so liegen möchten, daß die Frau ihre Kanne und Löffel sicher oben darauf stellen konnte. Das Abendbrot wurde indessen bereitet, ohne daß ein weiteres Gespräch zwischen den dreien fortgeführt wäre, einzelne Fragen abgerechnet, die der Fremde nach der hiesigen range, nach Wild und Viehstand, nach Maispreisen und Schweinen und deren Mast tat und die sämtlich befriedigend beantwortet wurden.

„Dreht eure Stühle herum und setzt euch zum Tisch,“ sagte die Frau endlich, als das frischgebackene Maisbrot und der Kaffee auf dem Tisch dampften und große Scheiben Speck und Wildpret in der Pfanne noch spritzten und zischten, während eingedochter Kürbis, Honig, Butter und Milch das Mahl vervollständigten. Der Fremde stand auf und einen Blick im Haus umherwerfend, an dessen Wänden Toppfen, Stellen, Fellsäcke und gegerbte Häute die Tätigkeit

des Wärgers bekundeten, sagte er, indem er dabei der Einladung Folge leistete und seinen Stuhl zum Tisch rückte:

„Ihr seid ein Jäger, wie ich sehe; Euch würd' es in Texas schon gefallen und Arbeit bekämt Ihr da auch.“

„Vielleicht!“ meinte Wells; „welchen Weg seid Ihr gekommen?“

„Gerade durch.“

„Vom roten Land her?“

„Noch was weiter drunten.“

„Im — wo habt Ihr die letzte Nacht kampiert?“

„Am Washita.“

„Und seit früher in der Gegend hier noch nicht gewesen?“

Der Fremde schüttelte mit dem Kopf, hatte anscheinend jedoch über Tisch keine große Lust, Fragen zu beantworten, sondern bei weitem größeren Hunger, und die Mahlzeit ging still vorüber. Die Knaben hatten indessen das Pferd des Fremden draußen besorgt und kamen dann ins Haus, um, nachdem die beiden Männer abgegessen hatten, mit der Mutter ihr Nachtmahl zu halten. Der Fremde schien übrigens müde, und wie es dunkel geworden war, holte er sich seinen Sattel und seine Decke herein, machte sich neben dem Feuer sein Lager zurecht, wickelte sich ein, sagte „gute Nacht“ und war einige Minuten später, wie sein lautes und regelmäßiges Atmen bewies, sanft und süß eingeschlafen.

Als er am andern Morgen wieder aufwachte, war Wells' Frau am Feuer beschäftigt, das Frühstück zu bereiten. Er stand auf, wusch sich, sah nach seinem Pferd und kam dann zurück zum Haus, wo das Frühstück wieder auf dem Tisch dampfte; Wells selber aber war nicht da, sondern schon seit Tagesanbruch mit seiner Büchse und seinem Hund in den Wald gegangen, wie er das manchmal tat. Der Fremde mußte allein frühstücken und die Frau setzte sich zu ihm und schenkte ihm den Kaffee ein. Er sah sie dabei ein paar mal von der Seite an, begann auch nach einer Weile ein gleichgültiges Gespräch, es blieb aber doch sehr einsilbig und nach dem Essen sattelte er sein Pferd wieder auf und ging ins Haus, um seinen Sporn anzuschlagen, seine Gamaschen umzubinden und die Büchse zu holen.

„Lebt wohl,“ sagte er dann, der Frau die Hand reichend und herzlich drückend, „ich dank' Euch für alles Gegebene; vielleicht komm' ich einmal wieder. Die Gegend hier gefällt mir, muß nur erst nach dem Oarkgebirge hinauf, um einige Geschäfte zu besorgen. Kann man hier durch den Fluß reiten, oder muß man schwimmen?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Provinzwahl, die in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern Anwendung findet, steigert die Wahlbeteiligung, da die Stimmentragung die persönlichen Anhänger der einzelnen Kandidaten zum Ausbringen einer möglichst großen Zahl von Wählern anreizt. Da die auf diese Weise für den einzelnen Kandidaten gewonnenen Stimmen dem Wahlschein seiner Partei zugute kommen, erreichen die bürgerlichen Parteien in manchen Fällen eine größere Stimmenzahl, als sie erwartet hatten. Neben dem Stuttgarter Ergebnis sind von den bisher vorliegenden die folgenden Resultate besonders bemerkenswert: Je vier Parteigenossen wurden gewählt in Mühlheim bei Cannstatt und in Birkensfeld bei Worbisheim. Durch drei neueroberte Sitze erreichten unsere Parteigenossen im Gemeinderat von Habelsingen b. Cannstatt die Mehrheit. Der Göttinger Reingewinn von drei Mandaten wurde schon berichtet. Auch in Heilbronn wurde unsere Parteiververtretung um drei Mann verstärkt, so daß dort unter zwanzig Mitgliedern acht Sozialdemokraten sind. In Schweningen wurden drei Genossen wiedergewählt, auch in Heidenheim, Böckingen bei Heilbronn und mehreren kleineren Orten fielen uns je drei Sitze zu. Je zwei Sitze eroberten wir u. a. in Wöblingen, Hall, Wehingen, Göttingen, Ulm, Zusmarshausen, Zaisingen und Zültingen. Von den Städten, in die schwer einzubringen war, in denen wir aber jetzt teils den ersten Vertreter erkämpften, teils unsere schwache Vertretung um je einen Genossen verstärkten, mögen genannt sein: Ludwigsburg, Tübingen, Oberndorf, Gmünd, Ravensburg (im schwarzen Oberland), Kirchheim, Göttingen, Bietighelm, Alten, Neuenburg und Backnang. Man beachte, daß bei den württembergischen Gemeinderatswahlen zwar vollständig gleiches Wahlrecht gilt, daß aber der Wähler das Bürgerrecht besitzen muß, daß der Zugezogene erst im vierten Jahre der ununterbrochenen Ortsanwesenheit gegen eine Gebühr von 2 Mk. erwerben kann.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumvereinsbesteuerung und Reichstagswahlen. Konsumvereinsbesteuerung und Reichstagswahlen haben an sich nichts miteinander zu tun, doch die skrupellose Agitation, die gegenwärtig betrieben wird, um Mittelstandsstimmen zu fangen, führt manchen Kandidaten dazu, auch das alte Mittel, die Gunst des Mittelstandes durch Bekämpfung der Konsumvereine zu erwerben, zu benutzen. Vor allem sind die Mittelständler gegenwärtig eifrig am Werk, die Kandidaten gegen die Konsumvereine mobil zu machen, und dabei entwickeln sie natürlich alle die schönen Forderungen, die sie schon lange

vertreten. Deshalb ist es nötig, wieder einmal festzustellen, daß von einer Steuerfreiheit der Konsumvereine in Deutschland seit langem schon nicht mehr gesprochen werden kann. Die Konsumvereine unterliegen überall der allgemeinen Steuerleggebung, und wo Ausnahmen getroffen sind, da ist es zu ihren Ungunsten, aber nie zu ihren Gunsten geschehen. Die deutschen Konsumvereine tragen also nicht nur alle steuerlichen Lasten, die auf ihrem Grundbesitz ruhen, sondern zahlen auch Einkommen- und Gewerbesteuer; von den Warenhaussteuern und den gemeindlichen Umsatzsteuern in Sachen und ähnlichen Ungerechtigkeiten gar nicht zu reden. Während also die Gesetzgeber in Deutschland es überall verstanden haben, die Konsumvereine zu reichlichen Steuerleistungen heranzuziehen, haben sie ebenso konsequent die landwirtschaftlichen Genossenschaften steuerfrei gelassen. Wenn man sich die deutschen Einkommensteuergesetze ansieht, findet man gar nicht selten die Bestimmung, daß alle Genossenschaften, die ihre Tätigkeit auf den Kreis der Mitglieder beschränken, steuerfrei sind, daß dagegen die Konsumvereine, die ja durch das Genossenschaftsgefehl gezwungen sind, ihren Geschäftsverkehr auf den Kreis ihrer Mitglieder zu beschränken, trotzdem ohne weiteres der Einkommensteuer unterworfen sind. Mit den Gewerbesteuern steht es nicht viel anders. Wie diese Bestimmungen in der Praxis wirken, zeigt sehr eindringlich das Statistische Jahrbuch für Preußen. Danach zahlten im Jahre 1910 in Preußen 884 Konsumvereine rund 414 400 Mk. Steuern. Von andern Genossenschaften wurden 926 besteuert, sie bezahlten aber nur 286 000 Mk. Steuern. Um diese Zahlen recht würdigen zu können, muß man aber in Betracht ziehen, daß es in Preußen nach der letzten Statistik der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse rund 14 000 Genossenschaften gab, wobei die Konsumvereine bereits in Abzug gebracht sind. Wie man sieht, tragen die Konsumvereine in sehr erheblichem Maße zu den steuerlichen Lasten bei, sodaß es auf jeden Fall eine große Ungerechtigkeit ist, noch irgendeine steuerliche Befreiung der Konsumvereine zu fordern, solange die landwirtschaftlichen Genossenschaften keine Steuern zahlen. Aus dem Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ergibt sich, daß im Jahre 1910 die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften rund 2 1/2 Millionen Mark zahlten. Das Geschrei, die Konsumvereine seien steuerfrei, ist also völlig unberechtigt. Nun gehen die braven Mittelständler aber mit noch einer Unwahrheit kreben. Unter dem Druck der Steuerlasten hat sich eine Reihe Konsumvereine die Rechtspredung des preussischen Oberverwaltungsgerichts zunutze gemacht und seit dem

eingeführt, der dann hier ebenso wie bei einem kapitalistischen Unternehmer steuerfrei bleibt. Die Zahl dieser Vereine ist beschränkt, denn der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat stets betont, daß diese Umwandlungen nur im äußersten Falle vorgenommen werden dürfen. Die Kräfte, die gegen die Konsumvereine hegen, tun jedoch so, als ob die sämtlichen Konsumvereine diese Umwandlung vollzogen haben und nennen stets die gesamte Rückvergütungssumme, die auf diese Weise angeblich steuerfrei bleibt. Das ist ebenfalls eine Unwahrheit, die man, wo sie jetzt im Wahlkampf auftaucht, sofort zurückweisen sollte.

Literarisches.

Neues Buch der Jugend. Herausgegeben von Emma Adler. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Mit reichem Buchschmuck, ganzseitigen Bildern und acht Beilagen auf Kunstdruckpapier. 188 Seiten. Preis 2,60 Kr. Ein Lesebuch für die Arbeiterjugend! Der reiche bebildnete Inhalt unserer Weltanschauung wird hier in künstlerisch wertvoller Form dem kindlichen Verständnis zum Bewußtsein gebracht. Die tiefsten Denker und die reifsten Künstler der Gegenwart wollen nun Zweisprache halten mit dem Arbeiterkind: Graf Tolstoj, Richard Wagner, Malwida von Meysenburg, Emilie Weharen. Die Klassiker Goethe, Schiller und Lessing wie die Modernen Gottfried Keller, Theodor Storm und Ferrisand Saar, Arbeiterdichter wie Wenzel Gelet, Alfons Begehd und Josef Schiller wie die bekannten Sänger des Proletariats Karl Henkel und andere vereinen sich, um der Jugend die Größe und die Schönheit der proletarischen Kampfbild vor die Augen zu stellen. Viktor Adler spricht mit feurigen Worten von den Aufgaben des einzelnen, Bebel, Liebknecht, Lassalle, alle unsere Vorkämpfer kommen zu Worte. Ein mächtiger aus Herz der Jugend erhellender Chor der Solidarität klingt aus diesem prächtigen Buche. Besonderen Wert haben die zahlreichen Reproduktionen, die das Werk enthält, Bilder der größten Maler und Radierer, so das Gemälde von Delacroix „Die Freiheit führt das Volk“, Hofmanns Sonnenuntergang, Wagners Nordpolbild und viele andere Bilder, darunter meisterhafte Federzeichnungen und Schattensrisse, alles in allem ein Buch, das jedem Arbeiterkind zur Steigerung seiner Lebensfreude und zur Bereicherung seiner Innenwelt zu wünschen ist.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Hamburg, Lübeck.

Emil Württenberger

Kohlmarkt 8. Markt 5.

Praktische

Weihnachtsgeschenke:

Wäsche
Krawatten
Unterzeug
Hosenträger
Hüte und
Mützen

usw. usw.

Kanarienvogel

gebe ab von meiner Selbstzucht in jeder Preislage. Die Vögel geben in Gohl, Kitzingtröller, weiße Flöt, usw. Auch verschiedene Waldvögel und Vorfärde. W. Sien,
Lübeck, Mühlentstraße 6.

Alles wird teurer

nur das Wirtschaftsgeld bleibt das gleiche. Deshalb nehme man anstelle der teuren Naturbutter die bekannt allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine

Palmato

Von feinstem nußartigen Wohlgeschmack und köstlichem Aroma. Garantiert frei von tierischen Fetten. Die Ersparnis ist bedeutend.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

„Siegerin“
„Palmato“
„Mohr“

Arb.- u. Berufs-Kl.

J. H. Peim, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitz, Schwarzen, Markt 14.

Art. z. Krankenpf.

F. W. Heyde, Markt 14.

Bäckereien

Paul Berner, Lübeck, La Leitz 49.

J. Eixmann, Fischergrube 7.

R. Kasch, Fischgrube 7.

Ad. Hinzelmann, Fischgrube 7.

B. Plath, Fischgrube 7.

Beerd. u. Sarg-Mag.

Central-Beerdigungsinstitut

A. Brodersen, Am Markt 14.

L. Witzel, in allen Preislagen.

C. Thiesen & Sohn, Wabst. 11.

E. Veb, Lagerstraße 23.

Besohnanstalten

H. Feisch, Göttingerstraße 14.

Hansa, Beckstraße 51.

L. Lohm, Beckstraße 51.

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieker Schlossbrau, H. A. Wulf, Untertrave 95.
F. Weiermiller, Schwartauer, Allee No. 30.
Franz Langloß, Braubier.

Brennmaterialien
H. Schörr, Augustenstr. 14/15a.
L. Wulfbrandt, Rosenarien 19.

Butter-, Käsehdign.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
L. Philipp, Fackelb. Allee 51.
W. Ruckelshausen, Hüst. 23.
J. Semrau, Hüst. 23.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüst. 12.

Cigarrenhandlg.
A. Burmeister, Lübeck, Fackelb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüst. 23.
Rob. Kieß, Engelgrube 91.
Paul Hartwig, Seelitzstr. 19, C.
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
Georg Rotke, Fleischb. 15.
Paul Thiel, Sternstr. 8.
W. Böhk, Eutin, Lübeckstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Baumgärtner, Fackelb. Allee 48.
Wäsche-Verleih-Institut, T. 1023.
Spezialität: Hans- u. Feil-Wäsche.
W. Böper, Friedenstr. 61.
Hansa, W. Böper, Friedenstr. 61.
W. Krüger, Fackelb. Allee 48.

Fleisch- u. Würst.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a.
Chr. Gipp, Moisinger Allee 4.
Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckerg. 31.
G. Klein, Fackelb. Allee 48.
F. Leucke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 68.
Wilh. Pöhl, Fackelb. Allee 48.
Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 23.
Gust. Zach, Königstr. 32.
L. Müller, Pöhl, Fackelb. Allee 48.

Farben u. Lacke
J. Becker, Domestr. 29.
W. Hohenschuld, Marlist. 42, T. 77a.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prosch, Mühlentstr. 33.

Frisuren, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe., Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackelb. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wabst. 11.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitest. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetes Vorführ. lehrer. singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Feddler J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Bösen, Arminstr. 1a.
Heinz Franck, Wabst. 11.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlist. 41.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.

Kurz-Weiss-Wollw.
O. Sünnerwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
Hamb. Engpos-Lager, Schwartau.
K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Stech, Möbel-Fabrik, Mölsing, Allee 60.
Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin, Mühlentstr. 47.
Wohnungseinrichtungen, z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei, Amme Lübeck's Meierei, Milchprodukten erster Art.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Geuzner, Fackelb. Allee 10b.
Hüst. 1031.

Tapeten, Linoleum
Carl Bouleke, Lübeck, Königstr. 48b.
Fritz Rehm, Beckerg. 20.

Trikot-, Strumpfware
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüst. 23.

Uhren, Goldwaren
August Büttner, Uhrmacher, W. Westfelling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüst. 8, T. 1035.
Fischergrube 33, emphent.
Prima-Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

